



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Staatliche und Parastaatliche Gewalt in Brasilien“

Verfasserin

Annemarie Leonhartsberger

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 31.05.2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Danksagung

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Personen bedanken, die mir bei der Erarbeitung dieser Diplomarbeit geholfen haben. Mein herzlicher Dank gilt Herrn Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer für die Betreuung meiner Arbeit und emer. Univ. – Prof. Dr. Gerhard Drekonja für die inhaltlichen Anregungen.

Außerdem bedanke ich mich bei meinem Bruder Nicolai, der mich stets motiviert hat und besonders bei meinen Eltern, Angela und Jost, welche mich nicht nur finanziell, sondern auch moralisch immer unterstützt und mir den Rücken gestärkt haben.

Ebenso möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bei meinen Freunden für deren Unterstützungen in jeglicher Hinsicht während der Dauer der Diplomarbeit und des Studiums bedanken. Mein ganz besonderer Dank geht an meine Schwester Sophia und an Didi, die immer ein offenes Ohr und eine Engelsgeduld hatten.

Vielen Dank auch an Hans Haller, der es mir möglich gemacht hat Brasilien kennenzulernen und alle Bewohner der Stadt Igarassu, welche mir Freude und Leid der Brasilianer näher gebracht haben.

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung	7
2	Geschichte Brasiliens	13
	2.1 „O Estado Novo“	13
	2.2 Das demokratische Experiment	15
	2.3 Ideologische und geopolitische Wurzeln des Militärregimes.....	17
	2.4 „A Abertura“ – die langsame Öffnung des Landes	20
	2.5 Die Phase der Transition	22
	2.6 „O Estado paralelo“ - Wer regiert Brasilien wirklich	25
3	Theorien des „schwachen Staates“ – hybride Demokratien	27
	3.1 Die Demokratie	28
	3.2 Der anomische Staat	32
	3.3 Die parastaatliche Ordnung	36
	3.4 Der bürokratisch-autoritäre Staat	38
4	Schwierigkeiten des „nation-building“: „Das brasilianische Dilemma“	43
	4.1 Das Problem der Gewalt	47
	4.2 Die institutionalisierte Gewalt	50
	4.2.1 <i>Die brasilianische Polizeistruktur</i>	51
	4.3 Parastaatliche Phänomene	55
	4.3.1 <i>Die Landlosenbewegung MST</i>	57
	4.3.2 <i>Sozialräumliche Segregation</i>	61
	4.3.3 <i>Das Leben in den brasilianischen Favelas</i>	64
	4.3.4 <i>Der Aufstieg der „Gated Communities“</i>	68
	4.3.5 <i>Recht und Staat für die Indigenen Ethnien Brasiliens</i>	72
5	Wohin entwickelt sich Brasilien?	77
6	Fazit	79
7	Anhang:	
	Experteninterview	80
	Zusammenfassung	89
	Abstract	90
8	Literaturverzeichnis / Internetquellen	91

Vorwort

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit Gewaltphänomenen in Brasilien. Dies ist ein umfassendes und spannendes Thema was es zu analysieren galt.

Vorausgegangen war ein längerer Aufenthalt in Igarassu (Pernambuco), Brasilien, wo die Idee entstand Gewaltphänomene in Brasilien zu untersuchen. Univ.-Doz. Dr. Wimmer war maßgeblich an der Themenwahl beteiligt.

Die folgende Arbeit gliedert sich in 3 Teile:

Der erste Teil analysiert die jüngere Geschichte des Staates Brasilien, mit einem Schwerpunkt auf große politische Umbrüche des 20. Jahrhunderts.

Im zweiten Teil werden drei maßgebliche Theorien zu hybriden Demokratieformen vorgestellt 1) das Anomie–Konzept nach Peter Waldmann 2) Trutz von Trothas parastaatliche Ordnung ,und 3) der bürokratisch-autoritäre Staat von Guillermo O'Donnell.

Der 3. Teil beschäftigt sich mit den Gewaltphänomenen in Brasilien, der institutionalisierten Gewalt und parastaatlichen Phänomenen unterteilt wird. Unter den parastaatlichen Phänomenen werden sozialräumliche Disparitäten ergründet, wie auch die soziale Bewegung der Landlosenbewegung.

Der Schluss setzt sich aus der Gegenwartsanalyse und einem allgemeinen Fazit zusammen. Ebenfalls angeführt ist ein Experteninterview, zur besseren Einschätzung der gegenwärtigen Lage in Brasilien.

Zugunsten einer besseren Lesbarkeit verzichte ich in dieser Diplomarbeit darauf, sowohl die männliche als auch die weibliche Form aufzuführen. Wo auch immer männliche Form der Schreibweise wähle, sind selbstverständlich auch die weiblichen Formen mit eingeschlossen.

1 Einleitung

Brasilien ist ein Land von enormer Vielfalt und Widersprüchlichkeit, das man erst nach dem zweiten Blick genauere kennenlernt und nie ganz verstehen wird. . Obwohl es über eine ganz spezielle Dynamik verfügt, macht das Land den Eindruck, dass es, bisher, hinter seinen Möglichkeiten geblieben ist.

Seit Ende der 90er Jahre stehen Wissenschaftler in Lateinamerika vor dem Rätsel der Paralisierung des Demokratieprozesses. Ebendiese fehlende Demokratievertiefung zeigte sich in vielen lateinamerikanischen Ländern durch die Kontinuität des hohen Niveaus an staatlicher Gewaltanwendung. Viele lateinamerikanische Staaten haben mit einem hohen Niveau der Gewalt zu kämpfen, und doch zeigt jedes Land, wie auch Brasilien, seine eigenen Phänomene.

„O Brasil é que nem um novelo de lã, você puxa de um lado, aí você se dá conta de rolo“ (Brasilien ist wie ein Wollknäuel: du ziehst an einem Ende und dann wirst du dir der Verstrickung bewusst)¹

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den „Knäuel“ der Brasilianischen Disparitäten ist ein komplexes Ziel. Die Missverhältnisse und Gegensätze innerhalb der brasilianischen Gesellschaft sind breit gefächert und doch bestehen manche Phänomene im ganzen Land. Ganz besonders bedroht der konstant hohe Gewaltpegel jegliche Entwicklung der Demokratie im Land:

„Die brasilianische Gesellschaft ist zwar einerseits traditionell und rückständig einzustufen, da sie im höchsten Maße hierarchisch strukturiert ist, gleichzeitig finden wir jedoch im Verhältnis zu westlichen Industrienationen eine kaum weniger ausgeprägte Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme vor. Dies hängt mit dem hohen Verstädterungs- und Industrialisierungsgrad des Landes zusammen, der dem hochmoderner Industriegesellschaften ziemlich nahe kommt.

¹ Vgl. Mandach 2000, S.4

Die besondere Problematik der brasilianischen Gesellschaft besteht darin, dass der Verlust an zentraler Steuerungskapazität nicht mit entsprechenden „demokratischen“ Formen der Selbstorganisation von Teilsystemen einhergeht, sondern dass die sich verselbstständigenden Teilsysteme entweder von den sektoralen Eliten dominiert werden oder aber – besonders in den sehr rückständigen Gebieten des Landes – von den traditionellen Oligarchien“²

“*Ordem e Progresso*” - so lautet der Wahlspruch, der in die blaue Himmelskugel der brasilianischen Flagge auf grünem Grund geschrieben ist. „*Ordnung und Fortschritt*“ - das war das Ideal das sich die junge brasilianische Republik im Jahre 1889 zu eigen machte. In Bezug auf Fortschrittlichkeit hat der fünftgrößte Staat der Welt endlich den Status eines Schwellenlandes überholt, aber in Bezug auf Ordnung ist Brasilien ein permanenter Dorn in den Augen nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen.

Fortschrittliche Gesetze zur Förderung der Demokratie sind zwar vorhanden, aber deren Umsetzung ist durch eine üblicherweise langwierige Prozessführung gefährdet. Korruption, zweifelhafte und mitunter kriminelle Aktivität beachtlicher Teile von Polizei und Verwaltung kommen hinzu. Die mangelnde Einhaltung der Gesetze ist nicht nur ein Problem der staatlichen Organe, sondern schlägt tiefe Wurzeln in der zwiespältigen Rechtskultur und im fehlenden Rechtsempfinden der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Das Ziel dieser Arbeit ist die Untersuchung einer Verbindung zwischen der latenten Gewalt und der brasilianischen Staatsmacht. Es wird der Frage nachgegangen, ob der Staat Brasilien eine wirkliche Demokratie ist oder eine sogenannte hybride Demokratieform und warum es zu verschiedenen Gewaltphänomenen kommt, welche vom Großteil der brasilianischen Gesellschaft nicht bekämpft, sondern gebilligt werden.

Während Menschenrechtsverletzungen zur Zeit der Militärdiktatur (1964-1984) von einem Großteil der brasilianischen Bevölkerung eindeutig beklagt wurden, hat deren gesellschaftliche Akzeptanz im demokratischen Brasilien tendenziell zugenommen.

² Frey 1997, S.43-44

Die leitenden Hypothesen dieser wissenschaftlichen Arbeit sind:

- Die Gewaltbereitschaft in Brasilien ist besonders hoch, da der Staat über keine effektive politische Kontrolle verfügt.
- Während des Transitionsprozesses wurde es verabsäumt eine demokratische Neugestaltung der zivil-militärischen Beziehungen zu etablieren.
- Die Demokratie Brasiliens ist eine hybride Form, da demokratische Strukturen von der Bevölkerung nicht angenommen werden.
- Es bestehen parastaatliche Strukturen in Brasilien, welche den hohen Gewaltpegel fördern.

Es tritt dann Gewalt auf, wenn Macht in Gefahr ist. Staatliche und Parastaatliche Gewalt werden in verschiedenen Formen und in unterschiedlicher Intensität immer wieder angewandt, um sozial ungerechte Machtstrukturen aufrechtzuerhalten.

Im Titel geben die Schlagwörter Staatliche und Parastaatliche Gewalt die Zielrichtung dieser Forschungsarbeit an. Es existieren zweifelsohne zahlreiche Staaten in denen der Gewaltpegel konstant hoch ist. Das Phänomen in Brasilien ist jedoch, dass der brasilianische Staat nicht über das gesamte Gewaltmonopol verfügt, obwohl demokratische Strukturen vorliegen.

Parastaatliche Strukturen³ machen sich dem zunutze und verfolgen ihre Interessen oft mit ungeheurer Brutalität. Daraus folgt ein gewisses Maß an Verständnis am Misstrauen der brasilianischen Gesellschaft in staatlichen Institutionen und das daraus resultierende Ausmaß der parastaatlichen Formationen.

Eine weitere wichtige Frage ist die nach der Autonomie des Staates. Unter welchen Bedingungen, und unter welchem Ausmaß kann der Staat Brasilien Träger einer gesellschaftlichen Entwicklung sein, wenn er nicht über das Gewaltmonopol verfügt?

³ Parastaatliche Organisationen sind nichtstaatliche Strukturen die staatliche Aufgaben übernehmen. Dieses kann komplementär oder konfliktiv vor sich gehen.

Ein zentrales Problem vieler lateinamerikanischer Gesellschaften ist ihre chronische politische Instabilität. Auch nach Einführen einer demokratischen Regierung schlugen oftmals die Bemühungen ein stabiles demokratisches Verhältnis in der Gesellschaft zu festigen, fehl.

In seiner Dissertation stellt Undurraga die These auf, dass sich die Krise der Modernisierung in der Zeitspanne 1930-1980 maßgeblich auf die demokratische Stabilität der lateinamerikanischen Staaten ausgewirkt hatte. Der lateinamerikanische Staat entwickelte sich relativ spät und war deshalb für eine diese Krise besonders anfällig. Die neu entstandenen Eliten standen in einem Interessenskonflikt und diese finden in einem Dissens politischer Spielregeln ihren Ausdruck⁴. An diese These will ich anknüpfen und sie weiterführen.

Die politische Öffnung Brasiliens, nach 21 Jahren autoritärer Regierung (1964-1985) ging nicht mit der Einbindung der Menschenrechte einher. Der Staat Brasilien verabsäumte es in der Transitionsphase vom autoritären Regime in die Demokratie ein steuerndes Rechts- und Normensystem zu schaffen und ist nach der Definition Waldmanns ein „anomischer Staat“⁵. Es besteht ein Staat, mit einem Regel- und Normensystem, doch der Staat ist durch verschiedene Faktoren außerstande diese durchzusetzen und sein Gewaltmonopol durchzusetzen.

Es wird in dieser Arbeit der Frage nachgegangen, wo diese Anomie ihren Ausgang genommen hat (historische Perspektive) und welche Auswirkungen diese Anomie auf die heutige Bevölkerung Brasiliens hat (soziale Perspektive).

Weiter liegt das Augenmerk auf den verschiedenen Formen der Gewalt, die durch das Fehlen eines starken Staates, in der Bevölkerung Akzeptanz gefunden haben..

⁴ Vgl. Undurraga, 1980

⁵ Vgl. Waldmann, 2002

Die These lautet, dass Gewalt in Brasilien nicht bekämpft wird, sondern verschiedene Formen gefunden werden, damit zu leben. Waldmann bezeichnet dies als „(...)Kompromiss, der zwischen den Amtsträgern, die den Staat sowie das allgemeine Wohl vertreten oder wenigstens zu vertreten vorgeben, und widerspenstigen, unzufriedenen Bürgern oder Gruppen von Bürgern geschlossen“⁶⁷.

Brasilien verfügt, bedingt durch die Staatsgeschichte und den enormen Ausmaß des Landes, über einige interessante soziale Merkmale, wie zum Beispiel das Phänomen der *Favelas* und der „*Gated Communities*“ (dt. geschlossene Wohnanlagen) in den gigantischen Städten, welche als Symbole für soziale Segregation fungieren.

Des Weiteren ist die Vielfalt der Verflechtungen in der brasilianischen Ökonomie der Gewalt eine spannende Besonderheit. Brasilianische Akteure wie die Polizei, Politiker, Drogengangs, und viele mehr tragen dazu bei, dass der Gewaltpegel nicht gesenkt wird, sondern der Status quo („*nem guerra, nem paz*“ – „weder Krieg, noch Frieden“) beibehalten wird.

⁶ Waldmann 2002, S.36

⁷ Das verwendete Konzept des „schwachen Staates“ ist nicht nur auf Brasilien, sondern auf einige Staaten Lateinamerikas möglich anzuwenden.

2 Geschichte Brasiliens

Wichtige Gegebenheiten der Geschichte müssen nachgezeichnet werden, um die jetzige Situation des Landes besser begreifen zu können und den Ausgangspunkt bzw. die Grundlage des schwachen Staates zu erfassen.

Brasilien ist eine postkoloniale Gesellschaft. Die Erlangung der Unabhängigkeit Brasiliens ist anders als in den meisten anderen lateinamerikanischen Staaten verlaufen, da trotz der Erlangung der Unabhängigkeit 1822 das Land Sitz der portugiesischen Verwaltung geworden war. Eine weitere geschichtliche Besonderheit Brasiliens ist die späte Abschaffung der Sklaverei, sie erfolgte erst 1888⁸.

Zwar wurde Brasilien 1889 zur Republik, doch die wichtigsten Umwälzungen der Machtverhältnisse fanden in den Jahren 1930, 1945, 1964 und 1985 statt.

Nachdem die Theorie untersucht wird, dass die Staatsträger es verabsäumten bei den maßgeblichen politischen Umbrüchen Regeln und Normen durchzusetzen, wird sich das historische Augenmerk lediglich auf diesen Teil der Geschichte Brasiliens richten.

2.1 „O Estado Novo“

1930 erfolgte ein Staatsstreich unter Getúlio Vargas, der die sogenannte „Revolution von 1930“ anzettelte, mit der die sogenannte alte Republik ihr Ende fand. Vargas sah sich selbst als „Vater der Armen“ an. Er schaffte es, die bis dahin mächtigen, Oligarchen abzusetzen. Er verabschiedete eine stärker auf die Zentralgewalt hin orientierte Verfassung, setzte in den Gliedstaaten Gouverneure („*interventores*“) ein und begann den Aufbau einer kontrollierten Arbeiterschaft als Stütze des Regimes.⁹ Diese Zeit war von Aufständen gezeichnet, da sich die alten Eliten nicht widerstandslos dem neuen System unterwerfen wollten. Hinzu kam es zu einer Radikalisierung der Kommunisten und Integralisten.

⁸ Vgl. Lühr 1980, S. 58

⁹ Vgl. Cammack 1996, S. 1077

1937 inszenierte Vargas selbst einen Militärputsch und verkündete ein autoritäres Regime, welches zur achtjährigen totalitären Diktatur des „Neuen Staates“ („*O Estado Novo*“) überging¹⁰. Wichtige Bestandteile dieses „*Estado Novo*“ war die Zunahme der Industrialisierung, ein gleichzeitiger Aufstieg der Industriebourgeoisie und eine „(...) *Wendung nach innen und eine Phase eines sich immer deutlicher herausbildenden Nationalismus*“¹¹. Im stark zentralisierten „*Estado Novo*“ wurden alle Parteien verboten und Einwanderer gezwungen sich zu assimilieren. 1938 wurde auch die NSDAP in Brasilien verboten, um sich von ihr zu distanzieren und die Integralisten zu schwächen.

Die damalige ideologische Grundlage des „*Estado Novo*“ wurde vom damaligen Justizminister Francisco Campos geschrieben, der ein „*A técnica do Estado totalitário ao serviço da democracia*“ („ein totalitärer Staat im Dienste der Demokratie“) ¹² propagierte.

1945 wurde der Diktator Vargas schließlich vom Militär gestürzt. Als 1951 neue Wahlen stattfanden, kam er an die Macht zurück und versuchte ein demokratischeres System einzuführen. Doch als er 1954 vom Militär zum Rücktritt gezwungen wurde, nahm er sich schließlich das Leben.

¹⁰ Vgl. Cammack 1996, S. 1050

¹¹ Brummel 1980, S.33

¹² <http://www.ebooksbrasil.org/eLibris/chicocampos.html>

2.2 Das Scheitern des demokratischen Experiments

Der Selbstmord Vargas' 1954 stürzte das Land Brasilien in eine politische Krise¹³. Bis 1964 hielt sich in Brasilien eine instabile Demokratie, die auch „das demokratische Experiment“ genannt wurde. Sie war gezeichnet von etlichen Versuchen des Militärs sich in die Regierung einzumischen, sowie von einer nach innen gerichteten Industrialisierung. Dieser Instabilität wurde mit dem (von Mittel- und Oberschichten unterstützten) Militärputsch 1964 ein Ende gesetzt und es wurde eine militärische Diktatur eingerichtet.

Der in Brasilien 1964 eingesetzte Zyklus autoritärer Übernahmen der Regierungsgewalt, ergriff nach und nach fast alle lateinamerikanischen Länder. Humberto Castelo Branco war der Anführer des Militärputsches 1964, und er war auch der erste Präsident des Militärregimes. Bis 1967 war er an der Macht, und festigte das Regime durch unpopuläre Sicherheitsgesetze, eine streng kontrollierte Presse, sowie die Einführung eines 2-Parteien-Systems.

Trotz der öffentlich erklärten Absicht der Armee, die Demokratie wiederherzustellen, wurde im Jahre 1968 eine radikal autoritäre Verfassung verabschiedet. Die neue Verfassung erlaubte nur zwei Parteien: die regimefreundliche ARENA-Partei und die einzig legale Oppositionspartei MDB (Brasilianische Demokratiebewegung). Auch wurde das Parlament infolge von Unruhen aufgelöst, so dass alle Macht dem Präsidenten der Republik zufiel.

Es dauerte, von da an, noch 29 Jahre bis ein brasilianischer Präsident direkt vom Volk gewählt wurde.

Die repressivste Phase der Militärdiktatur war die unter Präsident Artur da Costa e Silva (1967-1969), welcher die Bürgerrechte, durch den „Institutional Act Number 5“ aufs massivste einschränkte und damit die „*anos de chumbo*“ („die Bleiernen Jahre“) einleitete.

¹³ Vgl. Cammack 1996, S.1110

„The years of 1967 and 1968 were marked by intensive political radicalization (...) Military leaders considered that the police was not sufficiently prepared to deal with ‚subversion‘. Thus, the Armed Forces started to take over functions formerly exercised by the police. Intelligence and repression agencies were created in the Army, the Air Force and the Navy (...)“¹⁴

Tendenziell wurde der brasilianische Staat im letzten Jahrhundert immer stärker zentralisiert, was das Entwicklungsmodell des Militärregimes - die nachholende Entwicklung (auch „*desenvolvimento*“ genannt) - begünstigte. Doch in Hinblick auf soziale Probleme und auf die Liberalisierung des internationalen Wirtschaftssystems, ist dieses Modell an seine Grenzen gestoßen.

Politische Unruhen waren die Folge. Im Jahre 1974 gewann die Oppositionspartei erstmals die Wahlen, blieb jedoch durch ausgefeilte Wahlmanipulationen, im freilich machtlosen, Parlament unterrepräsentiert.

Im Jahre 1975 sprechen Historiker erstmals von einer Krise des autoritären-repressiven Herrschaftssystems. Dessen zu Trotz hielt sich die Herrschaft des Militärs bis ins Jahr 1985, auch wenn unter der Präsidentschaft von General Geisel (1974-1979) bereits ein vorsichtiger politischer Öffnungsprozess („*distensão*“) stattfand.

Dennoch wurde die langsame politische Öffnung immer wieder zurückgedrängt. Der Geheimdienst mobilisierte Aktionen, die in den Städten Unruhe auslösten. Damit wurde erreicht, dass Geisel das Bremsen der Demokratisierungspolitik rechtfertigen konnte.

¹⁴ www.brazil.ox.ac.uk/_data/assets/pdf_file/0019/9424/celso10.pdf, S.10

2.3 Ideologische und geopolitische Wurzeln des Militärregimes

Besonders wichtig für die folgenden geopolitischen Entwicklungen war die Gründung der „*Escola Superior de Guerra ESG*“ (die brasilianische Kriegsakademie) im Jahre 1949, welche sich zur wichtigsten geopolitischen Schule Südamerikas herauskristallisierte¹⁵, an den Positivismus des 19. Jahrhunderts anknüpfte¹⁶ und die ideologische Grundlage für die Ausübung der Militärherrschaft von 1964 bis 1985 in Brasilien bildete.¹⁷

Die Gründung dieser Akademie stellte einen wichtigen Schritt der nachfolgenden Politisierung des brasilianischen Militärs dar. Die Themen der genannten Akademie bezogen sich (besonders in den 50er und 60er Jahren) allgemein auf die Zukunft Brasiliens und im speziellen auf innenpolitische, außenpolitische sowie militärpolitische Fragen.

Die Grundsätze der ESG lauteten folgendermaßen¹⁸:

1. Die nationale Sicherheit beruht auf dem gesamten Potential der Nation auf das sich wiederum die militärische Macht stützt. Voraussetzung der nationalen Sicherheit ist somit die umfassende Entwicklung des Landes.
2. Brasilien ist aufgrund seiner Größe, seiner Bodenschätze und einer schnellwachsenden Bevölkerung dazu bestimmt, eine Großmacht zu werden.
3. Rückständigkeit und Unterentwicklung des Landes wurden durch Hindernisse erzeugt, die durch ein umfassendes Konzept überwunden werden können.
4. Eine führende Rolle in diesem Prozess fällt einer neuen zivil-militärischen Elite zu, die im Team arbeitet und sich an den Prinzipien und Techniken rationaler Planung orientiert.
5. Die ESG soll eine nationale Institution für wissenschaftliche Studien und Forschung sein, um eine Methodologie und Doktrin der nationalen Sicherheit auszuarbeiten.

¹⁵ Vgl. Tobler und Waldmann 1991, S.167 ff.

¹⁶ Bei der Gründung der Akademie orientierte man sich, beraten durch US-Spezialisten-am „US-National War College“ Vgl. Brummel 1980, S.69 ff.

¹⁷ Vgl. German 1991, S. 106

¹⁸ Vgl. Werz 1991, S.168 nach Castelo Branco 1983

Brasilien war der erste Staat Südamerikas, welcher sich in einer Verfassung (die von 1937) auf eine Doktrin der nationalen Sicherheit bezog. Diese Doktrin machte es dem Militär möglich, jederzeit bei inneren Unruhen *„(...) das Land zu verteidigen, sowie die verfassungsmäßigen Institutionen und Recht und Ordnung zu garantieren“*¹⁹ und somit ohne offizielle Sitzung einzugreifen.

Die Kompetenzen der ESG wurden im Laufe der Zeit vergrößert und nach dem Putsch 1964 durch den nationalen Informatikdienst (*„Serviço Nacional de Informações“*. SNI) erweitert.

Der SNI war dem Präsidenten direkt unterstellt und sollte *„(...) auf dem ganzen Staatsgebiet zum Zwecke der nationalen Sicherheit die Nachrichtenbeschaffung übernehmen und Gegenspionage betreiben“*²⁰.

Die folgenden Militärdiktaturen benutzten die Doktrin der „nationalen Sicherheit“ (*„Doutrina de Segurança Nacional e Desenvolvimento“*) als Ideologie, welche 1949 in der ESG entwickelt wurde. Das erklärte Ziel war der Aufstieg zu einer entwickelten Großmacht²¹ und die Führungskraft Brasiliens in Lateinamerika.

Die Grundkonzepte der Doktrin sind die Nationalen Ziele, die Nationale Strategie und die Nationale Macht. Die *„(...) nationale Einheit wurde nicht zu Resultat eines sozialen oder politischen Konsens, sondern eine „natürliche“, „übersoziale“ oder in der Tradition verwurzelte Gegebenheit“*²². Das zentrale Element der Doktrin war die Verknüpfung von wirtschaftlichen Fortschritt und innerer Sicherheit – *„Segurança e Desenvolvimento“*.

Darüber hinaus wurde die nationale Sicherheit des Staates Brasiliens als bedroht angesehen, unmittelbar dadurch auch die positive Entwicklung des Landes. Dies gründete die Basis der Übernahme der Herrschafts- und Kontrollfunktion durch das Militär. Die innere Sicherheit des Staates wurde als ein, von der militärischen Organisation geschaffener, für die Entwicklung unabdingbarer, Produktionsfaktor.

¹⁹ Heinz 1991, S.288

²⁰ German 1991, S.107

²¹ Brummel 1980, S. 54

²² Tobler und Waldmann 1991, S.179

Es können vier Phasen der ESG – Doktrin unterschieden werden:

1. 1949-1952 wurde hauptsächlich die aktuelle Situation des Landes beschrieben
2. 1953-1967 wurde der Begriff der Sicherheit immer stärker betont und die Doktrin der Nationalen Sicherheit entwickelt
3. 1968-1973 begann der Begriff der Entwicklung wichtiger zu werden und in diesem Sinne die nationale Politik mit Fokus auf Sicherheit und Entwicklung („*Segurança e desenvolvimento*“) ausgeweitet
4. 1973-1978 weitete die Schwerpunkte aus und erweiterte einige Arbeitsmethoden ausgearbeitet²³

Luciano Martins beschreibt sechs typische Charakteristiken des brasilianischen Militärregimes, die maßgeblich für die Transformationsphase waren. Dazu zählen:

- o Values and Ideology: Das militärische Regime besagte, dass die brasilianische Gesellschaft das ökonomische, wie auch das soziale Level um eine Demokratie zu errichten noch nicht erreicht habe.
- o Institutional organization of the state: Das Regime löste alle zivile, politische und konstitutionelle Rechte auf und begründete eine Diktatur, die über alle anderen Staatsmächte stand.
- o Structure of authority: Die Institution des Militärs übernahm erstmalig, als Institution fungierend, direkte Kontrolle über die Regierung.
- o Norms and rules of the game: Freie Wahlen wurden abgeschafft, es wurden Wähler aus der Elite ausgesucht, um die Parteien unter Kontrolle zu halten.
- o Political practice: Regime-Gegner wurden durch negative Sanktionen (bis hin zu Mord) ruhig gestellt.
- o Public policies: Die Entwicklung der Wirtschaft wurde als primäres Ziel definiert und stark in der Regierung verankert.²⁴

²³ Vgl. Heinz 2001, S.139 nach Arruda 1978 S.72-73

²⁴ Vgl. Martins 1986, S.77 und 78

2.4 „A Abertura“ – die langsame Öffnung des Landes

Präsident Geisel leitete den Prozess der Liberalisierung ein. Dieser sollte ursprünglich das Regime auf eine stabilere Basis stellen - es war ein Projekt zur Stabilisierung der autoritären Ordnung. Dennoch brachte das Programm Anfang der 80er Jahre dem Regime eine Niederlage ein, denn die Manipulationen und Interventionen wurden für die breite Öffentlichkeit sichtbarer und wurden immer weniger akzeptiert. Die Opposition wuchs und die Militärs, welche entschlossen um Ihre Macht kämpften, verloren an Autorität.

Es folgte eine mächtige Kampagne der Arbeiterpartei zur Forderung nach direkten Präsidentschaftswahlen („*Diretas já*“, jetzt Direktwahlen) und das autoritäre Regime brach schließlich zusammen.²⁵

1982 wurden erstmals wieder alle Parteien zu den Wahlen zugelassen. Die Dynamik ging hin zur Demokratie „(...)triggered by the regime's difficulties in solving problems of its „internal economy“, and did not originate from any substantive change in the correlation of forces between the regime's protagonists and its opponents(...)“²⁶.

Das heißt, dass nicht politische, sondern wirtschaftliche Faktoren treibende Kräfte für die Transition des autoritären zu einem demokratischem System waren. Der Rhythmus und die Bedingungen des Übergangs zur Demokratie wurden maßgeblich vom Militär bestimmt (siehe u.a. die Amnestiegewährung für politische Straftaten, S.23.).

Mit der politischen Öffnung und der Beendigung des Militärregimes, durchlief das Land während der 80er Jahre eine verheerende ökonomische Krise, welche nach und nach viele lateinamerikanische Staaten ergriff und die Transformation zur Demokratie verlangsamte.

²⁵ Vgl. Cammack 1996, S.1135ff.

²⁶ Martins 1986, S.82

Am 5.10.1988 wurde endlich eine neue Verfassung verabschiedet, welche die autoritäre Verfassung der Militärjunta ablöste und eine Gewaltenteilung in Judikative, Legislative und Exekutive vorsah. Die Hauptziele der neuen Verfassung waren, eine neue soziale, ökonomische und politische Ordnung zu implementieren, die sich deutlich vom autoritären Regime unterschied und den „demokratischen Geist“ des Landes zu festigen²⁷.

Nach dem sogenannten „verlorenen Jahrzehnt“ der 1980er Jahre, das von wirtschaftlicher Stagnation und stetiger Verschlechterung der wichtigsten sozialen Indikatoren gekennzeichnet war, führte Brasilien eine Reihe von Wirtschafts- und Sozialreformen durch. Diese schränkten die Rolle des Staates einerseits stark ein, aber öffneten die Wirtschaft für überseeischen Handel und internationales Kapital. Dies war von Nöten, da Brasilien extrem hohe Auslandsschulden hatte, an deren Tilgung das Land bis heute arbeitet.

Bis heute ist der Staat der wichtigste „Knoten“ im brasilianischen politischen System. Dennoch wird keineswegs die ganze Zivilgesellschaft in politische Prozesse mit einbezogen, sondern nur ein kleiner, mächtiger Teil. Die Rolle des Militärs ist naturgemäß in den Hintergrund getreten, doch behielten sie nicht nur wichtige Regierungsämter (u.a. die Ministerien für Luftwaffe, für das Heer und für die Marine), sondern auch eine hinter den Kulissen entscheidende Manövrierfähigkeit.

²⁷ Vgl. Sadek und Cavalcanti 2003, S.202

2.5 Die Phase der Transition

Die Rückkehr, der in den 1970er Jahren in Lateinamerika installierten Militärregimes, zur Demokratie, galt als unaufhaltsamer und irreversibler Prozess. In Brasilien dauerte die Transition zur Demokratie lateinamerikaweit am längsten. Brasiliens Übergang zur Demokratie wurde als Teil einer globalen Entwicklung verstanden, in deren Verlauf der Autoritarismus schließlich im Weltmaßstab für immer überwunden werden würde.

O'Donnell arbeitete aus dem Transitionsprozess zwei Teilprozesse heraus: Ersterer ist durch Liberalisierung und Demokratisierung bestimmt und führt zu einer politischen Demokratie, die ihrerseits den zweiten Prozess in Gange setzt, welcher zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung auch auf ökonomischer und sozialer Ebene führt.²⁸

Auf Brasilien bezogen, kann man als Beginn des ersten Prozesses den Fall des Militärregimes sehen, und die nachfolgenden Bemühungen der Transformation des Staates in eine Demokratie. Doch nur nachdem dieser erste Prozess sich etabliert hatte, konnte sich der weitere vollziehen. Dies gelang nur schwer, da das Militär zögerlich die Macht abgab und im Hintergrund durchaus mächtig blieb.

Eine wichtige demokratische Errungenschaft war die Stärkung föderaler Strukturen, die in der Verfassung vom 5. Oktober 1988 festgehalten wurde. Der Föderalismus ist in Brasilien politische Realität, doch neben all den Vorteilen, trägt er auch zur Fragmentierung der politischen Entscheidungsfindung bei und erschwert einen zielgerichteten Aushandlungsprozess zwischen den sechsundzwanzig Bundesstaaten (nebst Bundesdistrikt *Distrito Federal*).

So hatte die Verfassung mehr als 300 Ausführungsgesetze vorgesehen, die in den folgenden Jahren nur zu einem Teil verabschiedet wurden.

Gewiss gestaltete sich die Rückkehr zur Demokratie in Brasilien, wie auch in anderen Lateinamerikanischen Staaten, alles andere als leicht. Die Zivilgesellschaft lehnte sich erstmals auf, organisierte sich und verlangte mit Nachdruck direkte Wahlen.

²⁸ Nohlen/Thibaut 1996, S.215

Die schrittweise Einführung demokratischer Strukturen änderte nur teilweise etwas an den ökonomischen und sozialen Problemen Brasiliens, denn die Machtinhaber versuchten die alten Interessen in eine neue Ordnung zu bringen. Es kam zu keiner Neugestaltung der zivil-militärischen Beziehungen.

Die liberal-rechtsstaatliche Komponente der Demokratie war und ist teilweise nicht wirksam. Die Militärs, die den Öffnungsprozess weitgehend gesteuert haben behielten eine wichtige Rolle und konnten auch viele regimetytische Normen in die Demokratie retten.

Das brasilianische Paradoxon ist, dass das Ende des Autoritären Regimes und die Einführung der Demokratie das Problem der Gewalt nicht minderte.

Zahlreiche Abteilungen der nationalen Streitkräften, Nachrichtendienste und die Polizei entzogen sich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre der staatlichen Führungsspitze und ermittelten, verhafteten und verhörten auf eigene Faust. Für die sogenannten Todesschwadronen wurden Mitglieder dieser Abteilungen, sowie Mitglieder organisierter Kriminalität, rekrutiert, was zu einer Auflösung der Grenze zwischen staatlichen Einrichtungen und privater Unternehmen führte. Brasilien hatte es verabsäumt, einen stabilen, ordnungsstiftenden Staat zu schaffen, in dem ein staatliches Gewaltmonopol legitimiert ist.

Das Militär behielt eine Vielzahl an Vorrechten („*reserved domains*“) und kontrollierten die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik Brasiliens. Bereits 1979 gab es durch ein Amnestiegesetz Straffreiheit für Menschenrechtsverletzungen während des Autoritären Regimes, so dass Militärs weiterhin politisch aktiv bleiben konnten.

Die Militärs wurden keineswegs aufgrund ihrer Straftaten während der Diktatur verfolgt, im Gegenteil: 1984 mussten beide Präsidentschaftskandidaten Maluf und Neves akzeptieren, dass das Militär die Kontrolle über die Rüstungsindustrie behalten wird und auch, dass es keine Strafverfolgung aufgrund von Handlungen während der Diktatur geben wird.²⁹

²⁹ Vgl. Heinz 2001, S.171

Die Verfassung von 1988 beinhaltet einen umfangreichen Katalog sozialer Grundrechte, bezüglich der Verwirklichung einer sozialen Gerechtigkeit. In der Realität allerdings findet diese keine Anwendung. Auch die, im folgenden Jahr, unterzeichnete Anti-Folter-Konvention wurde für lange Zeit nicht angewandt.

„Das argentinische Beispiel diente den brasilianischen Militärs als Abschreckung. Sie wollten keine „argentinische Verhältnisse“, d.h. keine Untersuchungen zu Menschenrechtsverletzungen und auch keinen Zusammenbruch der militärischen Disziplin, wie dies 1979/88 in Argentinien sichtbar wurde“³⁰

Fernando Collor de Mello, welcher von 1990 bis 1992 das Präsidentenamt Brasiliens inne hatte, und der erste demokratisch gewählte Präsident war, gelang es Großteils die vom Militär reservierten Politikdomäne unter ziviler Kontrolle zu stellen. Er versuchte auch eine deutlich zivil- bestimmte Militärpolitik herzustellen: er löste die SNI auf, und verringerte das Budget des Verteidigungshaushaltes.

Unter dem nachfolgenden Präsident, José Sarney, ging die Transition wieder nur schleppend voran: Sarney, der 1994 zum Präsidenten erhoben wurde, setzte er auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Militär und unternahm keinen Versuch das Militär effektiv zu kontrollieren. Jedoch konnte auch er nicht verhindern, dass es immer wieder zu Konfrontationen mit der Vergangenheit kam und einige Details der Militärdiktatur ins Licht kamen.

Wenn man diese Zeitspanne näher beleuchtet, kann man zwar einerseits eine politische Öffnung, doch auch das Sichtbarwerden neuer sozialer Schwierigkeiten beobachten. Die Einkommensverteilung verschlechterte sich weiterhin, die Öffnung der zuvor geschützten Märkte setzte die nationalen Unternehmen unter Druck, was zu Lohnkürzungen und Massenentlassungen führte, die Inflationsraten blieben hoch und die Wachstumsraten des BIP sanken nach einem kurzen Höhenflug auf ein sehr niedriges Niveau.

Dazu kamen die Probleme der angehäuften Auslandsschulden, die Kosten der Modernisierung der jungen Demokratie, sowie Probleme, die soziokulturelle Veränderungen mit sich führten, wie die Landflucht und das kontinuierliche Anwachsen der brasilianischen Städte.

³⁰ Heinz 2001, S.172

2.6 „O Estado paralelo“ – Wer regiert Brasilien heute wirklich?

Bis heute fällt es auch den demokratisch gewählten, brasilianischen Präsidenten schwer, die Grundrechte der Bevölkerung zu garantieren, den Staat sicherer zu gestalten und der Bevölkerung den Glauben an die Demokratie zurückzugeben. Das Vertrauen in Amtsträger, Machtinhaber u. a. wurde schwer erschüttert und es bedarf eines langen Weges um dieses Vertrauen wieder herzustellen. Das scheint bis heute nicht gelungen sein.

Von 2003 bis 2010 war Luiz Inácio Lula da Silva³¹ Präsident von Brasilien. Mit ihm stand das erste Mal in der Geschichte Brasiliens ein Mann aus der Arbeiterklasse an der Spitze Brasiliens. Die Bevölkerung erhoffte sich durch diesen Machtwechsel eine Verbesserung der herrschenden regionalen Disparitäten, der sozialen Spaltung und der ungleichen Landverteilung.

Lula rief wichtige soziale Programme ins Leben, wie das „Fome zero“ (dt.: null Hunger), ins Leben. Im Jahr 2004 wurde „Fome zero“ mit verschiedenen Sozialprogrammen im Bereich Bildung und Gesundheit zum „Bolsa Familia“ – Programm zusammengefasst. „Bolsa Familia“ heißt übersetzt „Familienbeihilfe“ und garantiert brasilianischen Familien pro Kind und Monat einen gewissen monetären Betrag. Gekoppelt dazu muss jedoch das Kind die Schule regelmäßig besuchen, sonst wird die „Bolsa Familia“ gestrichen.

Diese Programme waren auch erforderlich, denn *„(...) die gesellschaftliche Situation des Landes ist von einer extrem hohen sozialen Spaltung, großen regionalen Disparitäten und einer ungleichen Landverteilung geprägt. Das reichste Prozent der brasilianischen Bevölkerung verfügte 1999 über 13,3% des Volkseinkommens und das oberste Zehntel sogar über 47,4%, während die ärmsten 50% der Brasilianer mit nur 12,6% der Einkünfte überleben musste.“*³²

³¹ Luiz Inácio Lula da Silva, genannt Lula, war einer der Gründer der brasilianischen Arbeiterpartei PT („Partido dos Trabalhadores“) und eine der Leitfiguren der Gewerkschaftsbewegung 1989. Lula kandidierte bereits 1989, 1994 und 1998 für das Präsidentenamt, bis er im Jahre 2002 die Mehrheit der Stimmen erlangte (vgl. Schmalz/Boris 2005, S.111 ff.

³² Schmalz/Boris 2005, S.112

Doch durch immer noch bestehende soziale Disparitäten und die daraus resultierenden schwierigen Lebensumständen eines Großteils der Bevölkerung, erhöhte sich das Gewaltlevel im alltäglichen Leben und blieb, trotz Versuche zur Verringerung der Armut seitens der Regierung, konstant hoch. Diese, in der ungleichen Sozialstruktur verwurzelten, illiberalen Tendenzen bestehen bis heute.

Fakt ist, dass trotz der Rückkehr zur Demokratie seit 1989 Tötungsdelikte die häufigste Todesursache in Brasilien³³ sind. Die Mordrate war 1980 noch bei 11,69 Prozent, im Jahre 1990 erreichte sie jedoch bereits 22,20 Prozent und schnellte bis 1997 auf 25,37 Prozent.³⁴ Das heißt, dass sich Verbrechen in Brasilien nach der Transition zu Demokratie offensichtlich vermehrt hatten.

Diese Zahlen spiegeln wider, dass die Bevölkerung gelernt hat mit dem hohen Gewaltpegel zu leben. Man kann sogar sagen, dass dieser gewissermaßen „akzeptiert“ wird und das Leben in Umfeld der Gewalt zu einem „*Way of life*“ wurde.

Das heißt, dass die Bürger Brasiliens mit der täglichen Angst vor verschiedenen Arten der Gewalt (auf die später noch näher eingegangen wird) leben müssen. Das mangelnde Vertrauen in die Effektivität von Polizei und Justiz vergrößert noch ebendiese „Kultur der Angst“. Daraus resultiert auch das weitere große Problem der Selbstjustiz und des Vigilantismus, ein in Brasilien weit verbreitetes Phänomen. Das Fehlen effizienter öffentlicher Institutionen, die die Bevölkerung beschützen, hat zur Folge, dass private Sicherheitsdienste, die häufig auch am Rande des Gesetzes agieren, aus dem Boden wuchsen. Auf der anderen Seite nahmen Übergriffe seitens der Polizei immer mehr zu.

Die Schwäche des Staates stellt die Unfähigkeit dar, die Friedensordnung zu erbringen, Ordnung und Organisation zu gewährleisten. Es existiert eine, in Lateinamerika weit verbreitete, formell und institutionell abgesicherte, Staatlichkeit. Diese kann inhaltlich nicht eingelöst werden³⁵, da das Gewaltmonopol nicht in der Hand des Staates liegt.

³³ Vgl. Wacquant 2005, S.132

³⁴ Vgl. Peralva 2000, S.75

³⁵ Vgl. Waldmann 2002, S.13

Und es bleibt festzuhalten „(...) das Gewaltmonopol ist das wesentlichste Merkmal moderner Staatlichkeit, so Max Weber“³⁶.

3 Theorien des „schwachen Staates“ – hybride Demokratieformen

„Nach der Demokratisierungswelle in Lateinamerika, Mitte der 80er Jahre, musste man einsehen, dass die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse nicht automatisch mit der Etablierung demokratischer Verhältnisse einherging“³⁷.

Brasilien ist ein typisches Beispiel eines schwachen Staates. Seit Rückkehr zur Demokratie besteht ein institutionelles Normen- und Regelsystem, welches jedoch in der Praxis nicht durchgesetzt wird, da der Staat dessen außerstande ist.

Im Wechsel zweier Regimetypen wird die Phase der Transition, der eigentliche Übergang, von der Phase der Konsolidierung, der Phase der Vertiefung des Regimes, unterschieden. Die Transition Brasiliens kann man in die zwei Phasen der Liberalisierung und Demokratisierung aufspalten. Die Phase der Konsolidierung trifft anschließend ein, jedoch ist es oftmals schwer zu unterscheiden wann die Transition abgeschlossen ist und wann die Konsolidierung angefangen hat.

Die Transition³⁸ vieler lateinamerikanischer Staaten schob den Terminus der ‚Konsolidierung einer Demokratie‘ (Bestandsicherung einer Demokratie) wieder in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Debatten³⁹. Es existieren inzwischen eine Reihe von „*Staaten mit Adjektiven*“⁴⁰ und auch Erklärungen für die Instabilität der brasilianischen Demokratie. Die Allgegenwart von Anomie wächst aus einem vielschichtigen Zusammenhang aus Geschichte und Gesellschaft, dazu gehört auch das komplizierte Verhältnis von Anomie zu Gewalt

Am treffendsten erscheinen mir das Konzept des anomischen Staates von Prof. Peter Waldmann, die parastaatliche Ordnung von Trotz von Trotha, sowie die delegative Demokratie von O’Donnell.

³⁶ Wimmer 2009, s. i

³⁷ Waldmann 2002, S.7

³⁸ „Transition“ bedeutet die Etablierung einer demokratischen Ordnung.

„Konsolidierung“ bedeutet ihre Verankerung in der Gesellschaft.

„Transformation“ ist der Übergang von einer Regierungsform zu einer anderen

³⁹ Vgl. Thibaut 1996, S.23

⁴⁰ Ogrinz 2007, S. 32

3.1 Demokratie

Bevor hier hybride Demokratieformen diskutiert werden, wird umrissen, was einen funktionierenden, demokratischen Staat ausmacht; denn kaum ein Begriff ist so umstritten wie der, der Demokratie und auch der, der konsolidierten Demokratie.

Ohne auf die Schwierigkeiten der Praxis der Demokratie einzugehen, können einige wichtige Merkmale und Kriterien benannt werden.

Demokratie bedeutet alltagssprachlich „Volksherrschaft auf Basis der Gleichheit“. Demokratisierung bezieht sich sowohl auf die Einführung liberaldemokratischer Elemente (freie Wahlen, zugelassene Parteien, Meinungsfreiheit, usw.) auf der institutionell-politischen Ebene, wie auch die Möglichkeit der effektiven Partizipationsmöglichkeiten auf der sozialen Ebene.

Theoretische Ansätze unterscheiden zwischen dem prozentualen (politische Demokratie), dem substanziellen (Verknüpfung der Demokratie mit gesellschaftlichen Vorstellungen) und dem empirischen (rein auf Institutionen fokussiert) Demokratiebegriff.

Die moderne Demokratie ist die der Partizipation, welche beinhaltet, dass die Bürger eines Staates das Recht der Beteiligung an kollektiven Entscheidungsprozessen haben, denn freie Wahlen allein füllen den Demokratiebegriff nicht aus.

In der Transitionsforschung und Demokratieforschung wird gefordert die jetzigen Begriffe und Konzepte von Demokratie zu überdenken, um das Phänomen der „*Grauzonenregime*“ fassen zu können. Auch das Land Brasilien gehört für die Forschung zu ebendiesen „semiliberalen Grauzonenregime“. Transitionsforscher begrenzen den Demokratiebegriff beabsichtigt eng, um die Funktion dessen, der klassifikatorischen Abgrenzung zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Regierungssystemen, zu verwenden.

Es wird eine Minimaldefinition von Transitionsforschern eine Demokratie befürwortet, welche von der lateinamerikanischen Diskussion akzeptiert wird.

Diese Minimaldefinition von Demokratie wurde von Tetzlaff vorgeschlagen und beinhaltet:

1. *Freie und faire, regelmäßig wiederkehrende Wahlen*
2. *Rechtsbindung von Politik, die ein institutionelles Minimum an Gewaltenteilung und Machtkontrolle voraussetzt*
3. *Die prinzipielle Anerkennung unveräußerlicher Menschenrechte und Bürgerfreiheiten⁴¹*

Um die Demokratie in Brasilien zu untersuchen werde ich diese mit der *embedded democracy*⁴² als Basismodell vergleichen. Thiery legt in seinen Demokratie-Vergleichsanalysen im Stile Dahls die institutionellen Minimalkriterien einer prozeduralen Demokratie fest. Die Idee der *embedded Democracy* besteht darin, dass in einer stabilen Demokratie Teilregimes intern und extern eingebettet sind.

Um die defekte Demokratie Brasiliens zu veranschaulichen, wird hier das Konzept der „*embedded democracy*“ als Idealmodell der Demokratie erklärt.

⁴¹ Heinz 2001, S.19 nach Tetzlaff 1997, S.102

⁴² Vgl. Merkel / Thiery 2002, S. 187 ff.

Demokratie ist dann tragfähig wenn:

1. periodische Wahlen als Partizipationsinstrument zur Bestimmung der Repräsentanten und Herrschaftsträger gegeben sind;
2. eine öffentliche Arena zur Beeinflussung der Repräsentanten und Entscheidungsträger sich ausbilden kann, wofür Freiheits- und Kommunikationsrechte erforderlich sind;
3. gewährleistet ist, dass die demokratisch gewählten Autoritäten auch tatsächlich die effektive Regierungsgewalt innehaben und darin nicht durch sich selbst legitimierende Machtgruppen beschnitten werden;
4. die horizontale Dimension der Herrschaftskontrolle ausgeprägt ist, die einer Verselbständigung der arbeitsteilig organisierten Staatsgewalten entgegenwirkt und sie in ihrem Handeln an bestimmte Grundsätze bindet;
5. grundsätzliche inhaltliche Barrieren gegen den Herrschaftsanspruch des Staates in Form nicht-hintergebarter „negativer“ Freiheitsrechte errichtet und rechtlich auch durchsetzbar sind.

Das Konzept der *embedded democracy* stellt ein demokratisches Herrschaftssystem einer mehrdimensionalen politischen Ordnung dar und besteht aus Teilregimen mit Funktionsregeln. Im Idealfall sollten die Normen und Regeln klar und verständlich, moralisch akzeptiert sein, eine soziale Orientierung in sich tragen und eine Regulierungsfunktion (zur Verhaltenskontrolle) haben.

Das nicht-funktionieren des Regel- und Normensystems sind das Grundproblem des Staates Brasiliens. Denn wenn ein Teilregime nicht funktioniert, hat dies Konsequenzen für die Funktionsweise aller anderen Regimes.

Des Weiteren ist es wichtig die brasilianische Konzeption der Demokratie zu erörtern. Das westliche Demokratiemodell unreflektiert auf Brasilien zu übertragen, muss in Frage gestellt werden, da eben der historische Prozess der Bildung demokratischer Strukturen anders als in den jetzigen „Vorzeige - Demokratien“ verlief. In der Wissenschaft gibt es Vertreter der Übertragung eines einzigen, universalen Demokratiemodells, die Vertreter eines spezifischen lateinamerikanischen Demokratiemodells und diejenigen welche sich für eine Mischform der Demokratie aussprechen.⁴³

In der Mischform wird von der westlichen Demokratieform ausgegangen, jedoch die Missstände und Ergänzungen der lateinamerikanischen Demokratien aufgezeigt. Manfred Mols zeigt wichtige Ergänzungen auf, welche als Hindernisse für das westliche Modell aufgefasst werden müssen:

1. Die jahrelange wirtschaftliche und auch politische Abhängigkeit, sowie die eingeschränkte nationale Autonomie lateinamerikanischer Länder
2. Das niedrige Integrationsniveau der Bevölkerung in demokratische Prozesse
3. Das Verständnis der sozialen Demokratie
4. Das Misstrauen der Gesellschaft gegenüber dem Staat⁴⁴

Eben hier wird auch gezeigt, dass das grundlegende demokratische System in Brasilien existiert, jedoch die Kontrollmechanismen, in Folge der Historie und dem Zwischenspiel von Gesellschaft und Staat, in der Praxis kaum Anwendung finden.

Die Auswirkungen davon sind verschiedene Formen und Konzepte der Demokratie, wie der anomische Staat, die parastaatliche Ordnung oder auch der bürokratisch-autoritäre Staat.

⁴³ Vgl. Heinz 2001, S. 30ff

⁴⁴ Vgl. Heinz 2001, S.31 nach Mols 1985

3.2 Der anomische Staat

Der Terminus „Anomie“ stammt ursprünglich vom Philosophen Emile Durkheim, der diesen Begriff 1893 in die Soziologie eingeführt hat. Das Anomie-Konzept als Instrument bei der Analyse von Problemkonstellationen einzusetzen stammt von Prof. Peter Waldmann.⁴⁵

Seine Idee vom „Anomischen Staates“, ist „(...)ein Staat, des gemessen an den Kriterien intakter Staatlichkeit, nicht allein gewissen Mängel und Schwächen aufweist, sondern diese Kriterien teilweise geradezu auf den Kopf stellt. Der anomische Staat, wenn es an klaren, konsistenten, bis zu einem bestimmten Grad sozial akzeptierten sowie sanktionsbewehrten Normen bzw. Regeln fehlt, um soziales Verhalten zu steuern und ihm eine Orientierung zu geben.“⁴⁶

Am anomischsten ist jener Staat, der weder seinen Ordnungs- und Regulierungsanspruch aufgibt, aber außerstande ist ihn durchzusetzen.

Im lateinamerikanischen Staat ist es gängig, dass Normen zwar klar und verständlich sind, jedoch moralisch von der Bevölkerung nicht akzeptiert werden und keinerlei Regulierungsfunktion haben. Das formelle, durch staatliche Sanktionen abgesicherte Recht stößt auf große innere Vorbehalte in der Bevölkerung, die in ihrem Verhalten weitgehend informellen, primär auf sozialer Akzeptanz beruhenden Regeln folgt.

Durkheim nimmt an, dass eine soziale Gesellschaft erst dann als gerecht in den Augen ihrer Mitglieder angesehen wird, wenn „(...)die Formen der Arbeitsteilung und die korrespondierenden institutionellen Regeln annähernd die ethischen Prinzipien der herrschenden Moral widerspiegeln.“⁴⁷ Das moralische Gleichgewicht wird an einem öffentlichen Diskurs gemessen, welches auf das Verhältnis von Wirtschaft und einem demokratischen Staat ausgeweitet wird. Die Anomie des Staates sollte durch moralische Rahmensetzungen gezähmt werden, welche den Forderungen der Gerechtigkeit nachkommen.⁴⁸

⁴⁵ Vgl. Thome 2000, S.1

⁴⁶ Waldmann 2002, S.8

⁴⁷ Müller 1995, S.137

⁴⁸ Vgl. Müller 1995, S.139

Im Normalfall beherrscht Gewalt die Diktatur und Korruption die defekte Demokratie. In Brasilien jedoch dominiert ein Wechselspiel beider demokratieschwächender Kräfte. Durch diese Vorgaben ergeben sich unterschiedliche Grade und Stufen sozialer Anomie.

Die Kombinationen formeller und informeller Normenkomplexe sind im Allgemeinen häufiger anzutreffen als die Extrempole. Die Militärdiktatur in Brasilien hatte, wie auch andere Diktaturen großes Interesse daran, das Regelwerk des Staates zu zerstören, um uneingeschränkt herrschen zu können.

Deshalb häuften sich, nach Rückkehr zur Demokratie, die verschiedenen Verfassungen, da viele institutionelle Strukturen wiederhergestellt werden mussten. Es entstand ein schwierig zu erfassender Graubereich zwischen Diktatur und Demokratie – ein Subtyp der Demokratie.

Der Staat an sich und Staatlichkeit sind scheinbare Gegenpole zum Konzept der Anomie. Ein demokratischer Staat sollte nicht anomisch sein können.

Wenn dies doch der Fall ist lauten die Thesen zu einem anomischen Staat wie folgt:

- Der Staat ist statt einem konstitutiven Ordnungsrahmen eine Quelle der Unsicherheit.
- Der Staat besetzt Räume und Verhaltensbereiche welche er außerstande ist zu beherrschen („*brown areas*“)
- Das Staatspersonal ist ebenfalls Ursache ständiger Irritationen
- Die staatliche Grundfunktion wird entbehrt.

Diese Thesen des anomischen Staates können größtenteils auf den Staat Brasiliens angewendet werden. Durch ständige Irritationen und eine große, vom Staat ausgehende, Unsicherheit, vertraut die Bevölkerung Brasiliens weder dem Staatspersonal, noch dem Staat selbst.

Beispielsweise werden Hotlines⁴⁹ immer beliebter (wie die schon 1993 eingerichtete „Disque-Denúncia“ – Strafanzeige aufgeben) bei denen Anrufer anonym bei einem Verein Anzeige erstatten oder auch nur Hinweise auf Verbrechen geben können. Diese Hinweise werden per Twitter, Facebook oder SMS an die Militärpolizei weitergegeben. So kommen die Informanten nicht in die Gefahr von der unterbezahlten Polizei „verkauft“ zu werden und können auch Gewalttaten der Polizei anzeigen.

Auch die zweite These des anomischen Staates erhärtet sich im Staat Brasilien. Die sogenannten „*brown areas*“ (auf die später noch genauer eingegangen wird) finden sich in den Favelas in der Städteperipherie oder auch im Landesinneren.

Die letzten zwei Thesen des anomischen Staates resultieren aus den ersteren und sind deshalb auch auf Brasilien anzuwenden.

Eine bedeutsame Rolle in einem demokratischen Staat besetzen wird dem Staatsträger zuteil. Gewaltmissbrauch und Bestechlichkeit, typische Formen von Gesetzesverletzungen seitens der Staatsträger, verletzen das Vertrauen der Bevölkerung. Durch die hohe Armutsrate auch bei Staatsträgern in Brasilien ist die Korruption in Brasilien traditionell hoch und steht im internationalen Korruptionsindex eher im oberen Bereich. Durch diese Verletzung der Verantwortlichkeit der Staatsbediensteten bleibt das Misstrauen der Staatsbürger konsistent groß und der Staat verliert an Einfluss.

⁴⁹ In Rio de Janeiro werden schon die meisten Anzeigen durch den Verein Disque-Denúncia, gemacht.
<http://www.disquedenuncia.org.br/>

Auch ist ein anomischer Staat ein großer Entwicklungshemmer. Die soziale Entwicklung der Bevölkerung sowie die politische Entwicklung wird beeinträchtigt.

Der Soziologe Helmut Thome skizziert vier Subkategorien, welche das Verhältnis zwischen Normen und Akteuren in einem anomischen Staat beschreiben⁵⁰:

- Zur eigenen Orientierung und Handlungskoordination brauchen Akteure Regeln, welche in einem anomischen Staat nicht in der Praxis angewendet werden. Auch wird das Verhältnis geprägt von fehlenden Regelungen zur Behandlung der Machthaber, Gehilfen und Mitläufer des alten Regimes (siehe Amnestiegesetz 1979)
- Die Akteure haben nicht die Handlungskompetenzen den Normen zu folgen, denn durch die Entstehung neuer Hierarchien und Statusinkonsistenzen bilden sich ambivalente Haltungen gegenüber den neuen und alten Realitäten heraus. Die widersprüchlichen Inkonsistenzen zwischen „formell“ versus „Informell“, „alt“ versus „neu“ und auch „regional“ versus „national“ erschweren die Koordination verschiedener gesellschaftlicher Funktionsbereiche und spinnen ein Geflecht aus eigenen Normen, Prinzipien und Anwendungsregeln, welche für Außenstehende als Konfusion erlebt wird, jedoch situativ sinnvoll ist.
- *„Es genügt nicht, dass es Regeln gibt, sie müssen auch gerecht sein“⁵¹* – Das Verhältnis zwischen den Normen und Werten sollte legitimiert sein, im Gegensatz zu nicht legitimierten Verfahren der Militärdiktatur, und aneinandergesetzt sein.

⁵⁰ Vgl. Thome 2000

⁵¹ Thome 2000, S.13 nach Durkheim 1893

3.3 Die Parastaatliche Ordnung

„Wie jede Form der Macht ist der Anspruch auf das Gewaltmonopol stets zerbrechlich und konfliktrichtig. Seine Durchsetzung ist so voraussetzungsreich, dass der Anspruch, historisch gesehen, typischerweise uneingelöst bleibt.“⁵²

Trutz von Trotha führt das Konzept des anomischen Staates noch weiter aus und beschreibt eine „Parastaatliche Ordnung“ in Lateinamerikanischen Staaten. Der Soziologe beschreibt in seinem Konzept einen kraftlosen Staat, dessen Kapazität zur Organisation und Kontrolle der Gesellschaft sehr begrenzt ist. Im Gegensatz zu anderen Ländern der Dritten Welt besteht ein hoher Urbanisierungsgrad. Das verstärkt auch das Problem der Sicherheit und Ordnung der Herrschaftszentrale.

Die Stadt, zum Beispiel, ist ein Raum, in dem Öffentlichkeit entsteht und dadurch auch ein vielseitiges Gefüge sozialer, sowie politischer Interessen, welche für die Herrschaftszentrale gefährlich werden kann.⁵³ Die Kultur (oder auch Ordnung) der gewaltsamen Selbstjustiz ist zwar nicht nur in den brasilianischen Städten omnipräsent, aber erlangte in den dortigen Elendsvierteln traurige Berühmtheit.

Die Ordnung der Selbstjustiz ist auch im Hinterland Brasiliens präsent: die Großgrundbesitzer beispielsweise, verteidigen ihr Recht traditionellerweise mit eigenen Waffen. Auch die Goldgräber nehmen sich das Recht, Territorien gegen Indios notfalls mit Gewalt zu verfechten.

Trotha sieht in der parastaatlichen Ordnung neben der Kultur zur Selbstjustiz auch die Kultur des Ausnahmezustands, welcher in Verbindung mit ersteren den staatlichen Herrschaftsapparat institutionell selbst zu einem System konkurrierender Gefüge macht und Teile dessen Gewalt zur Durchsetzung Ihrer Interessen beansprucht.

⁵² Trotha 2003, S.55

⁵³ Vgl. Trotha 1995, S.142

„Die Justiz, als eine Institution, die die Zentralgewalt domestiziert, sie auf das Gewaltmonopol verpflichtet und dieses in rechtsstaatlichen Bahnen hält und die zugleich die Korruption und Integration zwischen den Apparaten der staatlichen Herrschaft und den Institutionen der bewaffneten, privaten und lokalen Macht in Grenzen hält, die die Voraussetzung sind, um die Ordnungsfunktion des Staates zu gewährleisten, gibt es nicht(...)die Justiz ist ohnmächtig gegen die Privatisierung der Gewalt durch Gangsterbosse und ihre kriminelle Zusammenarbeit mit den Institutionen der Polizei oder den Mitgliedern der politischen Entscheidungsinstanzen vorzugehen“⁵⁴

Trotha sieht die Entwicklung des Staates in Lateinamerika von einem eigentlich konstitutionell-wohlfahrtsstaatlichen Staat hin zu einer oligopolistischen-präventiven Sicherheitsordnung (OPSO). Diese Ordnung bricht das einheitliche Gefüge der Institutionen zugunsten eines Gefüges von „(...) *staatlich-öffentlichen, privatwirtschaftlichen, parastaatlichen und kommunitären Institutionen der Sicherheitsherrschaft und der Lebensformkontrolle*“⁵⁵

Für diese Transformation hin zur oligopolistisch-präventiven Sicherheitsordnung sind für Trotha vor allem folgende Faktoren verantwortlich⁵⁶:

- präventiv gerichtete Sicherheitsdiskurse,
- wachsende Privatisierung der Sicherheitspolitik,
- Technisierung der Polizei.

Die OPSO stimmt mit in zahlreichen Kennzeichen mit parastaatlichen Ordnungsformen überein, so ist sie eine Ordnung der sozialen Ungleichheit, Segregation, Marginalisierung und die des Rechts des Stärkeren beziehungsweise Reicherer. Das schließt ein, dass die OPSO die ökonomische Struktur der Ungleichheit auf die soziale Ungleichheit des Staates übersetzt.⁵⁷

⁵⁴ Trotha 1995, S.145

⁵⁵ Trotha 1995, S.156

⁵⁶ Vgl. Trotha 1995, S. 153

⁵⁷ Vgl. Trotha 2003, S. 63

Räume des Wohlstandes sind Räume der „Kultur des verallgemeinernden Aggressivitätsverdachts“ im Gegensatz zur „Kultur der Gewaltnormalisierung“ in den Armenvierteln.⁵⁸ Das Paradoxon der OPSO ist, dass sie einerseits die Aufgaben des Staates privatisiert, jedoch die Ordnung des „harten Staates“ bewirkt. Denn dadurch, dass private Sicherheitsunternehmen die sogenannte „leichte“ Kriminalität bekämpfen, bleibt dem staatlichen Herrschaftszentrum die Bekämpfung der „schweren“ Verstöße gegen das Gesetz.

3.4 Der Bürokratisch-Autoritäre Staat

Ähnlich dem Konzept des „anomischen Staates“ ist das Modell von Guillermo O'Donnell. Sein Modell, das er als typisch für Lateinamerika herausgearbeitet hat⁵⁹, setzt an der Transformationsphase des bürokratisch-autoritärem Staates zu einer Demokratie an. O'Donnell vergleicht die Modernisierung Brasiliens mit der Argentinien. Er beschreibt allerdings, dass zum Unterschied zu Brasilien in Argentinien die politische Aktivität in der Bevölkerung bedeutend größer war.⁶⁰

Er thematisiert eine, wie er es nennt, „neue Spezies“ von Demokratie, die auf viele, spät demokratisierten Staaten, zutrifft. Die Staaten sind durchaus demokratisch, doch weisen sie den entscheidenden Faktor auf, nicht repräsentativ zu sein, sondern haben einen delegativen Charakter. O'Donnell vertritt die These, dass *„(...) im lateinamerikanischen Kontext die soziale und ökonomische Modernisierung, weit entfernt zur Demokratie zu führen, das Entstehen von Militärregimen eines speziellen Typs mit sich bringt, für welchen er einen Begriff prägte (...) ‚bürokratischer Autoritismus‘“*⁶¹.

Das zentrale Element der delegativen Demokratie ist, dass der Wahlgewinner nach Belieben regiert, ohne sich um Wahlversprechen oder Regierungsprogramme zu kümmern, eingeschränkt lediglich durch die realen (nicht-institutionalisierten) Machtverhältnisse.

⁵⁸ Vgl. Trotha 1995, S.157

⁵⁹ Vgl. Wimmer 1996, S.28

⁶⁰ Lauth 1985, S.49

⁶¹ Lauth 1985, S.6

Das delegative Regime tendiert dazu, sich über organisierte Interessen, sowie Institutionen hinwegzusetzen und gegenüber niemandem Rechenschaft abzulegen. Dieses Verhalten provoziert Konfrontationen und Konflikte, da es Regeln verletzt und die Kontrollinstanzen der ohnehin schwachen Demokratie umgeht.

Deshalb meint O'Donnell, dass delegative Staaten zwar Demokratien seien, aber eher auf eine Schwächung der demokratischen Strukturen abzielen. Für O'Donnell sind delegative Demokratien, zu denen er eben auch Brasilien zählt, durch das Vorherrschen traditioneller, informeller Politikformen gekennzeichnet, die das effektive Funktionieren der politische-administrativen Institutionen in Frage stellen.⁶²

Im Fehlen einer Institutionalisierung von Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflichten, die sich aus einem schwachen institutionellem Geflecht ergeben, sieht O'Donnell die Ursache für Krisenerscheinungen, wie zum Beispiel der konstant hohe Gewaltpegel in Brasilien.

Der Übergang von einer Auto- zu einer Demokratie verläuft, laut O'Donnell, grob in zwei Phasen: in der ersten Phase besteht eine demokratisch gewählte Regierung, die in der zweiten Phase von einem institutionalisierten Regime abgelöst wird. Der Beginn der zweiten Phase erfolgt aber nicht zwingend, sondern hängt vom Willen der Akteure ab, Institutionen zu schaffen, welche die absolute Macht des Präsidenten einschränken. Bei einem Fehlen solcher wird das System als eine Art defekte, nämlich „delegativer Demokratie“ kategorisiert. Wie dieser Übergang verläuft ist auch abhängig von der Charakteristik des Regimes.

In Brasilien jedoch entdeckte O'Donnell viele sogenannte „*brown areas*“ – in diesen werden Bürgerrechte von Bauern, Slumbewohnern und anderen marginalisierten Bevölkerungsgruppen, aufgrund schwacher staatlicher Präsenz, systematisch verletzt.⁶³ Besonders hervorgehobene *brown areas* in Brasilien sind große Ländereien im Landesinneren, welche von Großgrundbesitzern mit Privatarmee kontrolliert werden und auch die Elendsviertel, Favelas genannt, in den Peripherien der Großstädte.

⁶² Vgl. Frey 1997, S.94

⁶³ Vgl. Muno/Thiery 2002, S.289

„Die delegativen Demokratien zugrunde liegende Philosophie geht von der Vorstellung einer in seine Fragmente aufgesplitterten Nation aus, die durch die harmonische Zusammenführung dieser Fragmente (fachliche Sektoren, politische Parteien, verstreute Egoismen) geheilt und gerettet werden müsse.“⁶⁴

In funktionierenden demokratischen Systemen fungieren Institutionen integrierend und ausschließend zugleich, indem sie viele gemäßigte Kräfte aufnehmen und extremen Ideen eine Absage erteilen oder auch zwischen den verschiedenen Interessen als Vermittler tätig sind. Sie haben zugleich eine Repräsentationsfunktion, indem sie ihre Mitglieder nach außen vertreten, und sollten langfristig das Bestehen der grundsätzlichen (Staats-) Ordnung sichern.

Die Abwesenheit oder Schwäche von politischen Institutionen erleichtert die Einbürgerung von informalen Strukturen wie Korruption. Der Staat verliert daraufhin sein Monopol bezüglich der Definition des Gemeinwohls und in der Folge vermag das politische Teilsystem nicht mehr das allgemeine gesellschaftliche Interesse zu gewährleisten.

Das defekte Element in delegativen Demokratien ist das uneingeschränkte Recht des Präsidenten, eben bedingt durch fehlende kontrollierende Institutionen. Der Präsident kann agieren, wie er es für richtig hält, vereint damit die Nation und verkörpert sie nach außen hin. Die Mehrheit der Wähler beauftragt eine Person, zeitlich begrenzt im Namen des Volkes zu sprechen und das in ihrem Sinne Beste für den Staat und seine Bürger zu tun, wobei Minderheitenrechte keine Rolle spielen.. Nach außen wird der Anschein einer entwickelten Demokratie vermittelt und lässt dabei Außeracht, dass die anderen Staatsgewalten zu einem bloßen Anhang verkommen.

Doch die demokratischen Institutionen werden nicht nur von den Regierenden ausgehöhlt. Autoritäre Neigungen und undemokratische Verhaltensmuster finden sich bei vielen verschiedenen sozialen und politischen Akteuren. Großgrundbesitzer, die Todesschwadronen führen, Klientel-Netze von Drogenkartellen und Ähnliches sind extreme, undemokratische Erscheinungsformen.

⁶⁴ Frey 1997, S.95

*„Die Legitimation politischer Herrschaft ist wesentlich ein Problem der Beziehungen zwischen nationalen Machtgruppen und deren internationalen Umfeld, von dem ihr Bestand wirtschaftlich, politisch und militärisch abhängen kann“.*⁶⁵

Schließlich beeinflussen auch Anti-System-Kräfte, wie soziale Bewegungen, die Dynamik politischer Konflikte, da sie sich über Normen und Regeln der Demokratie hinwegsetzen. Als bekanntes Beispiel kann man hier die Landlosenbewegung *MST* (*Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra*) nennen.

⁶⁵ Lühr 1982, S.33

4 Schwierigkeiten bei der Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse in Brasilien – Das „brasilianische Dilemma“

Die Hindernisse zur Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse sind unter anderem die unüberbrückbar erscheinenden sozialen Gefälle innerhalb der brasilianischen Gesellschaft sowie die Ungewissheit ob eine Demokratie generell die richtige Staatsform für einen Staat wie Brasilien ist. Die moderne Demokratie ist ein Exportprodukt aus Europa und es stellt sich die Frage ob es überhaupt richtig war dieses „Produkt“ dem lateinamerikanischen Raum „aufzudrängen“. *„Staatliches Handeln wurde traditionell durch die herrschende Elite geprägt, während ein Großteil der Bevölkerung vom politischen Prozess ausgeschlossen blieb“*⁶⁶

Durch das fehlende Vertrauen in staatliche Institutionen und deren fehlende integrierende Funktion, weist Brasilien über viele rechtsfreie Räume auf. Rechtsfreie Räume als Beispiele der Anpassung der Gesellschaft an das hohe Gewaltniveau in Brasilien sind zum Beispiel die *Favelas* und die *Gated Communities*.

Im Nachhinein ist es schwierig zu beurteilen, ob die Vollzugsschwäche mit dem Widerstand zusammenhängt, den bestimmte Gruppierungen Anordnungen und Zwängen entgegensetzen oder damit, dass es von vornherein an dem entscheidenden Willen der politischen Entscheidungsträger gefehlt hat, der brasilianischen Gesellschaft ein verbindliches Regelwerk aufzuerlegen.

Doch soziale Ungleichheit, Herrschaft und Gewaltverhältnisse gehören zusammen. Die Gewalt-Diskussion in Brasilien gehört immer mit den Zusammenhängen thematisiert, denn das größte brasilianische Phänomen stellt die Kontinuität und ständige Präsenz der (politischen) Gewalt dar.

Statt, dass sich die Bevölkerung dem Staat „beugt“, hat sich der Rechtsstaat den gesellschaftlichen Spielregeln unterworfen. Univ. Prof. Drekonja-Kornat räumt der brasilianischen Gesellschaft im anhängenden Interview einen großen Leidenspegel ein und bestätigt, dass die alltägliche Gewalt in Brasilien schon zu einem „*Way of Life*“ geworden wäre.

⁶⁶ Frey 1997, S.43

Doch in diesem Diskurs ist etwas Wichtiges zu beachten: es ist dennoch ein Rechtsstaat und die mangelnde Bereitschaft Normen zu befolgen ist nicht mit Gleichgültigkeit oder offener Auflehnung zu verwechseln.

Gewalt war schon seit dem seit der Kolonisierung des Landes ein gewichtiger Faktor in der Entwicklung des Landes. Zuerst war es ein Instrument der Herrscher (erst der Kolonisatoren, dann der Militärherrschaft) zur Erhaltung der Macht und heute ist Gewalt ein traditionell bedeutender Faktor im nationalen Leben, welcher die bestehende „Kultur der Angst“ prägt.⁶⁷ Des Weiteren bringt die Koexistenz einer Vielfalt von Ethnien aus grundverschiedenen sozialen Horizonten eine zusätzliche Problematik in das *Nation-building*.

Exkurs: Der Begriff der Sicherheit

Der Sicherheitsbegriff unterlag im Wandel der Zeit immer wieder verschiedenen Diskursen. Grob definiert ist Sicherheit die Abwesenheit von Unsicherheit.

Doch durch das Schwinden der Regierungskompetenz des Staates avancierte der Sicherheitsbegriff in den 70er Jahren in Brasilien immer mehr zu einem soziologischen Begriff, der sich, neben dem bis dahin herrschenden, territorialen Sicherheitsbegriff, um die gesellschaftliche, soziale, ökonomische und psycho-emotionale Komponente erweiterte. Indem der Staat als Ort der Projektion verblasst, herrscht immer mehr ein diffuser, sozio-ökonomischer Begriff der Sicherheit vor, welcher schwer zu definieren sowie zu beherrschen ist.⁶⁸

Dieser Wandel ist von großer Bedeutung für die Entwicklung des Staates zu einem Präventionsstaat, der sich vermarkten lässt und gegen Unsicherheiten vorsorgt. Durch die stetig hohe Kriminalitätsrate in Brasilien eine ständige Unsicherheit die Gesellschaft beherrscht – es besteht eine „Kultur der Angst“ resultierend aus dem Fehlen der Sicherheit resultiert. Wie im nächsten Kapitel beschrieben erschwert diese „Kultur der Angst“ es dem Staat, rechtsstaatliche Verhältnisse herzustellen. Einerseits weil bereits ein Präventionsstaat besteht, andererseits weil das Vertrauen der Gesellschaft in den Staat sehr schwer herzustellen ist.

Das Sicherheitsgefühl in Brasilien:

⁶⁷ Vgl. Krujit/Koonings 1999, S.11

⁶⁸ Vgl. Ruf 2003, S.21 ff.

1.2 Vitimização

1.2.1 Sensação de segurança

Tabela 1.2.1.2.3 - Percentual de pessoas que se sentiam seguras na sua cidade, na população de 10 anos ou mais de idade, por sexo e cor ou raça, segundo a situação do domicílio, as Grandes Regiões e as Unidades da Federação - 2009

Situação do domicílio, Grandes Regiões e Unidades da Federação	Percentual de pessoas de 10 anos ou mais de idade que se sentiam seguras na sua cidade, na população de 10 anos ou mais de idade (%)						
	Total (1)	Sexo		Cor ou raça			
		Homens	Mulheres	Branca	Preta ou parda		
					Total	Preta	Parda
Brasil	52,8	55,2	50,5	53,3	52,3	48,9	52,9
Situação do domicílio							
Urbana	49,7	52,1	47,5	50,9	48,5	46,7	48,9
Rural	69,3	70,3	68,2	70,4	68,6	64,6	69,0
Grandes Regiões e Unidades da Federação							
Norte	48,2	50,7	45,8	47,7	48,4	45,4	48,6
Rondônia	61,6	63,2	60,0	63,5	60,5	59,5	60,7
Acre	45,3	49,1	41,6	43,3	45,7	43,8	45,9
Amazonas	54,4	56,0	53,0	51,5	55,2	58,7	55,1
Roraima	64,8	67,8	62,0	66,0	64,7	66,3	64,5
Pará	36,9	39,6	34,3	33,5	37,8	32,0	38,3
Amapá	55,0	56,6	53,4	60,9	53,1	42,2	54,3
Tocantins	71,8	75,4	68,0	73,1	71,5	70,7	71,6
Nordeste	51,3	53,9	48,9	50,3	51,7	43,7	52,8
Maranhão	48,9	50,5	47,5	51,3	48,0	40,6	48,8
Piauí	65,6	68,9	62,6	66,6	65,3	61,8	65,6
Ceará	43,3	46,3	40,6	40,0	44,7	40,0	44,9
Rio Grande do Norte	44,8	47,2	42,5	43,4	45,6	37,5	46,2
Paraíba	59,1	61,9	56,6	54,7	61,6	58,9	61,8
Pernambuco	51,1	53,3	49,1	47,8	53,0	46,0	53,7
Alagoas	48,0	50,1	46,1	43,9	49,5	46,2	49,7
Sergipe	50,4	52,6	48,3	50,5	50,4	37,9	51,2
Bahia	54,2	57,1	51,4	58,4	53,0	42,0	56,3
Sudeste	51,6	53,9	49,4	51,2	52,2	51,5	52,4
Minas Gerais	59,9	62,5	57,5	60,1	59,8	59,9	59,8
Espírito Santo	52,6	55,2	50,2	55,5	50,7	44,3	52,0
Rio de Janeiro	42,3	43,9	40,8	41,1	43,8	45,2	43,3
São Paulo	51,1	53,4	48,9	51,5	50,6	50,8	50,6
Sul	60,5	62,8	58,3	60,3	61,4	57,4	62,3
Paraná	54,9	57,4	52,6	53,6	58,4	56,9	58,6
Santa Catarina	68,3	70,4	66,3	68,6	66,8	60,2	68,2
Rio Grande do Sul	61,4	63,5	59,5	61,0	63,7	56,9	66,3
Centro-Oeste	54,3	56,9	51,8	54,6	54,2	49,3	54,9
Mato Grosso do Sul	62,0	64,7	59,4	62,7	61,0	56,2	61,5
Mato Grosso	56,9	59,6	54,1	54,5	59,0	52,2	60,4
Goiás	54,8	57,6	52,3	54,3	55,2	50,6	55,7
Distrito Federal	43,0	44,6	41,6	46,1	40,9	37,4	41,4

Fonte: IBGE, Diretoria de Pesquisas, Coordenação de Trabalho e Rendimento, Pesquisa Nacional por Amostra de Domicílios 2009.

(1) Inclusive as pessoas de cor ou raça amarela, indígena ou sem declaração.

Die Statistik aus dem Jahre 2009 des Brasilianischen Instituts für Geographie und Statistik zeigt an, welcher Prozentsatz der Einwohner Brasiliens (älter als 10 Jahre) sich in ihrer Wohngegend sicher fühlt.

Wie die Statistik zeigt, fühlen sich nur rund die Hälfte der Brasilianer sicher. Es wird klar, dass sich Bürger die auf dem Land wohnen („*Situação Rural*“) sicherer fühlen als diejenigen welche in den Städten wohnen.

Man kann auch deutlich erkennen, dass sich Einwohner der südlichen Bundesstaaten Brasiliens sicherer fühlen, als die, die im ärmeren Norden des Landes wohnen. Das Gefühl der Sicherheit ist niedriger bei den farbigen Brasilianern als bei den weißen.

Diese Tabelle unterstreicht die These, dass das Gefühl der Sicherheit der Brasilianer sehr niedrig ist.

Aus den Berichten und Analysen zu Menschenrechtsverletzungen ergibt sich folgendes Bild:

Die Übergriffe der Todesschwadronen, sowie von der Kriminalpolizei ergeben ein Bild schwerer Menschenrechtsverletzungen, auch in der neuen Demokratie Brasiliens. Die Aufklärung der Fälle ist begrenzt und dadurch werden Täter und Auftraggeber angeregt diese Praktiken fortzusetzen.

Die staatlichen Institutionen sind außerstande diesen Menschenrechtsverletzungen entgegenzuwirken. Eine Reform der Justiz ist überfällig, und die Mehrheit der Bevölkerung glaubt ohnehin nicht an die Gleichheit vor der Justiz. Die weitläufige Meinung ist, dass vor allem Hautfarbe und Reichtum einer Person die entscheidenden Faktoren für die ungleiche Behandlung vor dem Recht seien.⁷⁰

⁷⁰ Vgl. Heinz 2001, S.216 ff.

4.1 Das Problem der Gewalt

Gewalt ist im Allgemeinen ein Verhalten, das darauf ausgerichtet ist, unter Einsatz von physischen Zwang Personen zu verletzen oder Sachen zu beschädigen. Politische Gewalt steht für Formen kollektiven Handelns, um politische Ziele zu erreichen. Diese Formen können in großem Umfang physische Zwangshandlungen beinhalten, welche in der jeweiligen Kultur als illegitim betrachtet werden.⁷¹ Die Menschenrechtsverletzungen der Militärdiktatur Brasiliens sind Geschichte, doch es ist eine Rückkehr zur Normalität erfolgt, die leider auch althergebrachte Muster von Menschenrechtsverletzungen umfasst.

„Der Schlüssel zur Gewalt ist in den Formen der Gewalt selbst zu finden(...) Der Kern des Verstehens der Gewalt liegt in dem, was die Gewalt selbst zum Ausdruck bringt, ermöglicht und vor allem in Gang setzt. Dazu gehört vor allem, dass die Gewalt typischerweise ein Prozess und manchmal ein hochdynamisches Geschehen ist.“⁷²

Folgend werden die wichtigsten Gruppierungen definiert, die das Gewaltgeschehen in Brasilien bestimmen⁷³:

- Die staatlichen Sicherheitskräfte (Militär und Polizei)
- Die paramilitärischen Einheiten (von Streitkräften aufgebaute Verbände)
- Die Todesschwadronen (das städtische Pendant zu den paramilitärischen Einheiten fungiert)
- Die Vigilantistische Gruppen, wie Bürgerwehren und Volksmilizen
- Die Rauschgiftkartelle und ihr Umfeld

Diese Formationen beherrschen mit teilweise großer Brutalität über das tägliche Leben und dem Staat das Gewaltenmonopol streitig machen.

⁷¹ Vgl. della Porta 2007, s.90 ff.

⁷² Von Trotha 1997, S. 20/21

⁷³ Vgl. Waldmann 1997, S.145: Die Einteilung der Gruppen, welche das Gewaltgeschehen kontrollieren wurde hier vom Beispiel Kolumbien auf Brasilien sinngemäß übertragen.

Die Problematik steigert sich, wenn einzelne Gruppierungen anfangen anzugreifen, statt sich auf die Verteidigung Ihres Gebietes zu beschränken. Diese Form von Selbstjustiz ist sehr ausgeprägt in Brasilien und ist auf das Misstrauen der Brasilianer in die staatlichen Strukturen zurückzuführen.

Donatella della Porta unterscheidet zwei Arten politischer Gewalt⁷⁴:

1. Die Extremismus-Forschung, welche sich auf die radikalsten Formen politischer Gewalt konzentriert. Ursachen dafür findet man entweder in der Makroebene (u.a. Konflikte zwischen Ethnien, Klassen; Repressionen politischer Regime) oder auch in der Mikroebene (gewalttätige Aktivisten; Frustration)
2. Politische Gewalt als Form des instrumentalisierten Protests. Gewalt ist hier das Ergebnis zwischen den sozialen Bewegungen und ihren Gegnern.

Für Brasilien treffen beide Arten der politischen Gewalt zu. Die Repressionen politischer Regime sind nach Ende der Militärdiktatur abgeflaut, doch es herrschen in Brasilien immer noch gewaltsame Konflikte zwischen Ethnien, organisiertes Verbrechen, sowie gewalttätige Konflikte zwischen Ethnien, organisiertes Verbrechen, sowie gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen sozialen Bewegungen, wie zum Beispiel der „*Movimento sem terra*“.

Durch die gesplittete⁷⁵ brasilianische Bevölkerung hat sich jedoch die Repräsentation von Allgemeininteressen der Zivilgesellschaft als sehr schwer erwiesen. Das kann man auch beim geringen Organisationsgrad der Zivilgesellschaft beobachten. Die politische Gewalt nimmt zu, wenn neue Herausforderer für ihren Zugang zum politischen System kämpfen. Die politische Gewalt nimmt zu, wenn neue Herausforderer für ihren Zugang zum politischen System kämpfen. In Lateinamerika ist die Debatte der Zivilgesellschaft geprägt vom Kampf des Volkes gegen den Staat und gegen die Ungerechtigkeiten der traditionellen Oligarchien, was mit der traditionell starken Abhängigkeit der Zivilgesellschaft von der staatlichen Obrigkeit zu tun hat. Laut Frey⁷⁶ hat der Staat die sozialen Akteure durch die Selbstkoordinierung der Interessensbildung praktisch selbst gegründet und deren Aggression durch die

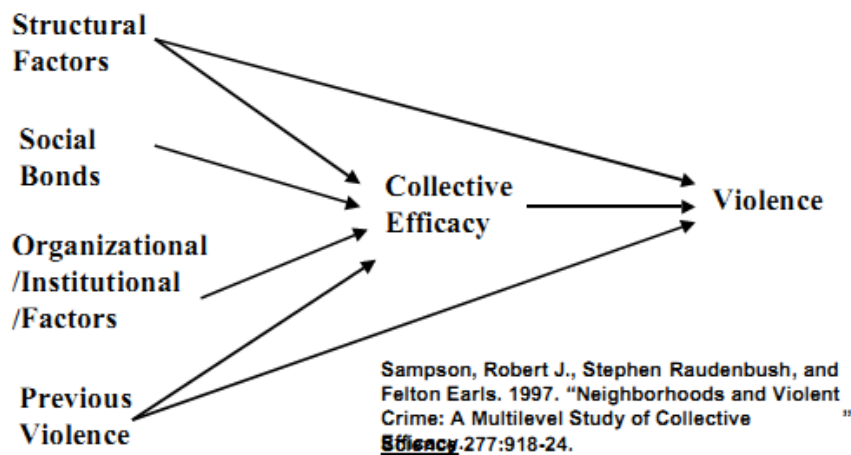
⁷⁴ Vgl. della Porta 2007, S.90ff.

⁷⁵ Brasilien gilt als Mischtegel überdurchschnittliche vieler verschiedener Kulturen, Religionen und Ethnien

⁷⁶ Vgl. Frey 1997: S.105

allgemeine Vertrauenskrise verstärkt. Diese politischen Gruppierungen wurden oft von Bewohnern aus ärmlichen Verhältnissen gegründet, die besonders unter der Ignoranz des Staates zu leiden haben.

Inequalities, Social Processes and Violence



In dieser Grafik wird Gewalt auf strukturelle Ursachen, wie makroökonomische Arbeitslosigkeit und Ungleichheit zurückgeführt. Diese führen, genau wie Gewaltvorkommnisse in der Geschichte des Landes direkt wieder zu Gewalt. In Kombination mit sozialen Einschränkungen und Institutionellen Faktoren wird eine kollektive Unzufriedenheit bei der Bevölkerung freigesetzt, die wiederum zu Gewalt führen kann.⁷⁷

Das würde heißen, dass Gewalt viele Ursachen hat - aber die Intensität von Gewalt verstärkt sich, wenn mehrere Faktoren auf ein Land zutreffen.

⁷⁷ Nach Alves/Filho/Tavares 2007, S. 22 ff.

4.2 Die Institutionalisierte Gewalt – Morden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung

Koonings beschreibt das latent hohe Niveau der Gewalt in Brasilien als eine Art „*new violence*“. Diese wird beschreiben, als (besonders seit Mitte der 80iger Jahre) „(...) *not longer just the left-wings radicals and the poor (...) it became a common option for land-owners, shopkeepers, law enforcement, officers, (...) and in some places, backland politicians.*“⁷⁸

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam es zur Bildung der sogenannten Todesschwadronen, auch Auslöschgruppen genannt. Die Ideologie dahinter war: „Nur ein toter Bandit ist ein guter Bandit“ („*bandido bom é bandido morto*“).

Die Lizenz zum Töten wurde in Hinblick auf soziale Säuberungen vom Staat selbst vergeben. Dies gleicht illegalen Hinrichtungen und wurde zum grausamen Alltag im urbanen und auch im ländlichen Bereich. Die Todesschwadronen bestanden überwiegend aus, von Militärpolizisten geführten, privaten Milizen. Wie die Opfer der militärischen Gewalt stammten auch oft die gewalttätigen Sicherheitsbeamten aus den untersten Bevölkerungsschichten. 1970 wurde mit der „ROTA“ („*Rondas Ostensivas Tobias Aguiar*“) in São Paulo die erste militärpolizeiliche Patrouille Einheit zur politischen Repression geschaffen. Diese patrouilliert bis heute mit äußerster Brutalität in São Paulos Straßen. Zielscheibe sind Personen die der gewöhnlichen Kriminalität verdächtig sind.

Gleichsam wie in São Paulo wurde in Rio de Janeiro die exzessive militärpolizeiliche Gewaltanwendung politisch und institutionell unterstützt. Die systematisch erfolgten, brutalen Einsätze wurden mit dem hohen Kriminalitätsniveau, der Omnipräsenz der organisierten Kriminalität und der Übermacht des bewaffneten Drogenhandels legitimiert, mit dem Ergebnis einer bis heute nicht wirksamen Sicherheitspolitik.⁷⁹

Im Laufe der 80iger und 90iger Jahre stieg auch die Zahl der Landkonflikte drastisch an, nichts desto trotz ist staatliche Gewalt in den seltensten Fällen direkt beobachtbar. Seit Jahren kämpfen Menschenrechtsorganisationen, zumeist erfolglos, gegen die Polizeigewalt in Brasilien und deren Straflosigkeit an.

⁷⁸ Krujit/Koonings 1999, S. 224

⁷⁹ Vgl. Mandach 2000, S.183

4.2.1 Die brasilianische Polizeistruktur

„Democratic societies need accountable, controled and efficient police organizations“⁸⁰

Unter dem Militärregime befanden sich die Militärpolizei und die Zivilen Polizeikräfte unter einem zentralisierten Kommando. Heute teilt sich die Polizeistruktur in Brasilien folgendermaßen auf:

Unter dem Überbegriff Staatspolizei (*Polícia do Estado*) gibt es die Unterteilung der Zivilen Polizeikräfte (*Polícia Civil*) und der militärischen Polizei (*Polícia Militar*). Die Zivilpolizei beschäftigt sich hauptsächlich mit Kriminalistik und Verbrechensaufklärung, während die Militärpolizei vorbeugende Maßnahmen ergreift, sowie uniformiert patrolliert.

Die Kräfte der Bundespolizei (*Polícia Federal*) unterteilen sich in die Bundespolizeibehörde (*Departamento de Polícia Federal*), die Autobahnpolizei (*Polícia Rodoviária Federal*) und die Bahnpolizei (*Polícia Ferroviária Federal*). Die Bundespolizeibehörde verfolgt alle Verbrechen die die Nation bedrohen könnte, wie u.a. illegaler Drogenhandel, Terrorismus und Waffenschmuggel.⁸¹

Wie jeder Beamtenapparat ist das brasilianische Sicherheits- und Justizsystem hierarchisch gegliedert. Doch die brasilianische Zivilpolizei nimmt eine Sonderstellung ein, denn sie ist, wie die Militärpolizei, als Sicherheitskraft nicht der Justiz, sondern der Exekutive unterstellt. Der Unterschied besteht darin, dass die Militärpolizei den Staatsschutz mit militärischen Mitteln garantiert und einem autoritären Ethos nachkommt, während die Zivilpolizei durch die Funktion der sozialen Selektion⁸², die Erhaltung des Status quo gewährleistet.⁸³ Die Rechtsanwendung in Abhängigkeit der sozialen Lage des Einzelnen ist ein gewichtiges Charakteristika der Konfliktaustragung in Brasilien.

⁸⁰ Alves/Filho/Tavares 2007, S.4

⁸¹ Vgl. Vergueiro 2008, S.2ff.

⁸² Dies bedeutet, dass die Zivilpolizisten nach Einkommensklassen die Bestrafung der beteiligten, straffälligen Personen entscheiden.

⁸³ Vgl. Mandach 2000, S.25 ff.

Während die Militärpolizisten in ihrer Anwendung von Gewalt im Dienst stark ideologisch motiviert sind (es herrscht der Gedanke vor, dass militärische Repression die einzige Form der Kriminalitätsbekämpfung sei), begründen Zivilpolizisten die Gewaltexzesse mit ihrem Rollenverständnis als informelle richterliche Instanz⁸⁴.

Neben dieser Einteilung des Polizeiapparates gibt es noch spezielle Sicherheitskräfte, wie die „*Força Nacional de Segurança Pública*“, welche vom Expräsidenten Lula initiiert wurde und dem Justizministerium untersteht⁸⁵ und auch eigene Polizei Elite-Gruppierungen, welche sich in den Großstädten formierten. In São Paulo heißt dieser Arm der Zivilpolizei „*Grupamento de Operações Especiais*“ GOE und das Pendant dazu in Rio de Janeiro „*Coordenadoria de Recursos Especiais*“ CORE. Aufgrund ihrer Brutalität berühmter sind jedoch die Spezialeinheiten der Militärpolizei welche in São Paulo „*Grupo de Ações Táticas Especiais*“ und in Rio de Janeiro „*Batalhão de Operações Policiais Especiais*“ (kurz: BOPE) genannt werden.

Die Spezialeinheit BOPE erreichte internationale Bekanntheit nach Veröffentlichung des Filmes „*Tropa de Elite*“⁸⁶ im Jahre 2007, welcher auf dem Buch „*Elite da Tropa*“ des brasilianischen Soziologen Luiz Eduardo Soares (geschrieben mithilfe ehemaliger Mitglieder des BOPE) basiert.

Dieser Film handelt von der täglichen Arbeit der Spezialeinheit, welche von Brutalität, Morden und Folter geprägt ist. BOPE ist für die „Säuberungsaktionen“ in den Favelas von Rio verantwortlich, die nicht selten mit zahlreichen Todesfällen auf beiden Seiten enden. Das Logo der Einheit besteht aus einem Totenkopf mit im Hintergrund überkreuzten Gewehren, die Einheit präsentiert sich meist schwer bewaffnet und ver mummt.⁸⁷ Die Bereitschaft zu kämpfen und auch zu töten wird nicht infrage gestellt, es wird sogar staatlich legitimiert und spiegelt die nicht funktionierende Sicherheitspolitik Brasiliens wieder.

⁸⁴ Mandach 2000, S. 175

⁸⁵ Vgl. Vergueiro 2008, S.4

⁸⁶Vgl. <http://www.tropadeeliteofilme.com.br/>

⁸⁷ Vgl. <http://www.boperj.org/>

Für Form der zahlreichen Übergriffe der Polizei hat sich der Terminus des *Vigilantismus* eingebürgert. Dieser Begriff bezeichnet eine Form der Gewaltanwendung, welche gekennzeichnet ist durch ihre Illegalität und der Zielsetzung die Erhaltung und Verteidigung der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zu gewähren.⁸⁸

Formen des Vigilantismus bestehen in Brasilien wie folgt⁸⁹:

Ziele				
		Kriminalitäts- bekämpfung	Kontrolle Sozialer Gruppen	Regimekontrolle
Akteure	gesell- schaftlich	<i>Lynchmorde, Städtische Selbsthilfegruppen</i>	<i>Priv. Milizverbände von Großgrundbesitzern; „Ethnische“ Gewalt gegen Indios</i>	<i>Entführung und Ermordung einzelner Politiker</i>
	staatlich	<i>Polizeiliche Exzesse, u.a. gegen Kriminelle, Asoziale, Straßenkinder</i>	<i>Militärische Unterdrückung von Guerillabewegungen</i>	<i>Militärische Staatsstrieche; Formen „kalter“ politischer Machteroberungen</i>

Resultierend aus dem Fehlen einer Ordnungsmacht, greift die Bevölkerung zur Eigenhilfe und es häufen sich Fälle von Selbstjustiz. Auch viele städtische Selbsthilfegruppen erwehren sich oftmals mit fragwürdigen, illegalen Gewaltpraktiken.

Durch die Landverteilungskonflikte lernten Großgrundbesitzer, die Kleinbauern und Landarbeiter mittels privater Milizen gewaltsam in Schach zu halten. Die Siedler,

⁸⁸ Vgl. Waldmann 2001, S.129

⁸⁹ Waldmann 2011, S.131

Viehzüchter, Goldgräber und andere Abenteurer machen Indios, besonders im Amazonasgebiet ihre Territorien streitig und schrecken auch nicht vor Massentötungen zurück.

Ein wichtiger Träger des Vigilantismus ist das Militär, das sich gegen soziale Gruppen und politische Bewegungen wendet. Vor allem während der Diktatur wurden Opposition und Aufbegehren brutal unterdrückt.⁹⁰

⁹⁰ Vgl. Waldmann 2001, S.131 ff.

4.3 Parastaatliche Phänomene

Um die Rechtsstaatenlosigkeit zu kompensieren schlossen sich in den ausgehenden 1970er und den beginnenden 1980er Jahren viele brasilianische Staatsbürger zu „movimentos sociais urbanos“ (MSU, dt.: soziale, urbane Bewegungen) zusammen. Diese Bewegungen bildeten sich als Reaktion auf das Fehlen eines funktionierenden Wohlfahrtsstaates heraus und fanden besonders in Rechtsstaatslosen Räumen Einzug.

Happe sieht eine Differenzierung der MSU in zwei Großgruppen:

Die erste artikuliert Interessen der Mittel- und Oberschicht, während die zweite Großgruppe „(...) die vom ökonomischen Modernisierungs- und politischen Entscheidungsfindungsprozess weitgehend ausgeschlossenen Bevölkerungssegmente zusammenfasst, die entsprechenden Organisationen finden in der Literatur als ‚movimentos populares‘ (MP) Erwähnung.“⁹¹

Charakteristisch für die MPs ist die Betonung der unabhängigen Position gegenüber dem Staat und der elitären Oberschicht des brasilianischen Staates.

Diese sozialen Bewegungen sind ein Spezifikum Brasiliens, da die nationale politische Kultur seit jeher nicht auf demokratischen Strukturen basiert, sondern auf Paternalismus, Populismus und Klientelismus. Während der Phase der Transition konnte man sogar eine zunehmende Instrumentalisierung des Patron-Klientel-Systems beobachten. Bei diesem System handelt es sich um ein informelles Netzwerk, das auf einem asymmetrischen Tauschsystem basiert. Beispielsweise nehmen Landarbeiter die Rolle des Klienten ein, der in einem unausgewogenen Abhängigkeitsverhältnis zum Großgrundbesitzer, dem Patron, steht.

Trotzdem ist eine rückläufige Partizipationstendenz der Favelados (dt.: den Bewohnern der Favelas) zu erkennen, welche auf das gegenwärtig, hohe Klima der Gewalt und das Vorherrschen von Drogenbanden zurückzuführen ist.

⁹¹ Happe 2002, S.18

An der Polarisierung der Lebensmöglichkeiten hat sich im Zuge der Demokratisierung wenig geändert. Das auffällige im Fall Brasilien ist der verschwindend kleine Einfluss des Rechtsstaates auf Räume an extremen Polen, die in den folgenden Kapiteln noch genauer erklärt werden.

Auch Soziale Bewegungen können parastaatlich auftreten. Diese sind Netzwerke, welche mittels öffentlicher Proteste die Gesellschaft verändern wollen. Der öffentliche Protest ist das wichtigste Mittel, da soziale Bewegungen (nicht nur) in Brasilien kaum Zugänge zum politischen Entscheidungssystem sowie zu genügend finanzielle Mittel haben. Es werden meist Personen mobilisiert, die sich unbezahlt, und Kraft ihrer Überzeugung, in den Dienst der Bewegung stellen.

Die Bandbreite der Protestformen reicht von Unterschriften-sammeln über Kundgebungen hin bis zu gewalttätigen Protesten. Meist gilt die Faustregel: Je gewalttätiger das Regime, desto gewalttätiger der Protest. In Brasilien gibt es mehrere soziale Bewegungen, die über die Grenzen hinaus bekannt sind. Die bekannteste ist jedoch die „*Movimento sem terra*“ MST.

4.3.1 Die Bewegung der Landlosen „*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra*“ *MST*

Landkonflikte bringen eine eigene Form staatlicher Gewalt hervor. Die Auseinandersetzungen zwischen den Großgrundbesitzern und Kleinbauern, beziehungsweise Landlosen, die sich in einer asymmetrischen Beziehungskonstellation befinden, werden auf dem Objekt des Konflikts und im administrativ-rechtlichen Staatsapparat ausgetragen.

Bei Auseinandersetzungen um Landbesitz wurden zwischen 1964 und 1989, 1566 Menschen, meist Landarbeiter oder Indianer, ermordet - oft von staatlichen Sicherheitskräften im Auftrag von Großgrundbesitzern.⁹² Daraufhin organisierten sich die Landlosen - die bedeutendste Bewegung der Landlosen ist die *MST*, die zu den bestorganisierten und größten sozialen Bewegungen Brasiliens zählt.⁹³

4.3.1.1 Die Ursprünge der *MST*

Die direkten Wurzeln der *MST* liegen in den vereinzelt und isolierten Kämpfen von Landarbeitern der südlichen Bundesstaaten Ende der 70er Jahre.⁹⁴ Der brasilianische ländliche Raum hat in den darauffolgenden Jahrzehnten einen Strukturwandel erlebt. Das Ziel der Militärregierung in Bezug auf die Landwirtschaft bestand auf der Ausrichtung auf den kapitalistischen Markt und einer einhergehenden Modernisierung der Landwirtschaft.⁹⁵

Die Modernisierung der Landwirtschaft brachte eine Mechanisierung, Intensivierung der Düngung, verstärkte Exportausrichtung u.v.m. mit sich. Diese sogenannte „Grüne Revolution“ verstärkte die Diskrepanzen zwischen den Großgrundbesitzern und den substistenzorientierten Kleinbetrieben. Eine Erhöhung der sozialen Spannungen im ländlichen Raum ging mit dem Verlust zahlreicher Arbeitsplätze, der Auflösung sozialer Bedingungen im Pachtwesen und der Ausweitung des sozial ungesicherten Tagelöhner-Systems (*bóia-fria*) mit sich⁹⁶.

⁹² Muno/Thiery 2002, S.289

⁹³ Anmerkung: Unter <http://www.mstbrazil.org/?q=about> wird die brasilianische *MST* sogar als die größte lateinamerikanische, soziale Bewegung bezeichnet.

⁹⁴ Salzer 2005, S.51

⁹⁵ Salzer 2005, S.37 ff.

⁹⁶ Vgl. Kohlhepp 2003, S.21ff.

Die Vertreibung der kleineren Betriebe in der Landwirtschaft führte zu der Entstehung der MST im Jahre 1984, als „Antwort auf die Zuspitzung der durch Brasiliens landwirtschaftliche Modernisierung der 1960er und 1970er Jahre hervorgerufenen sozialen Polarisierung“⁹⁷ die Konflikte nicht mehr auswich und deren Gewaltbereitschaft Kompromisse im Bereich des ländlichen Lebens erzwang. Durch eben diese Bereitschaft der Landlosenbewegung Betriebe und Landstriche gewaltsam zu besetzen, Plünderungen in Lagerhäusern durchzuführen u.v.m. hat die Bewegung einen hohen Bekanntheitsgrad erlangt und wiederum dadurch viele Sympathisanten gefunden.

Im Jänner 1984 kommt es zum ersten Nationalen Treffen der Landlosenbewegung („1° Encontro Nacional do Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra“), mit Repräsentanten aus 12 Bundesstaaten. Sie setzten die Grundlagen, Ziele und Forderungen der Bewegung fest. Im darauffolgenden Jahr nahmen bereits Repräsentanten aus allen 23 Bundesstaaten am Kongress der Landlosen teil. Dies zeigt welche große Bedeutung die MST erlangt.⁹⁸

⁹⁷ Salzer 2005, S.51 nach Calcagnotto et al., 2003, S.12

⁹⁸ Vgl. Schürger 1994, S.236

4.3.1.2 Die MST heute

Die *MST* definiert sich als antikapitalistische Bewegung, deren Ziel der Landreformsiedlungen (*assentamentos*) es ist, den Prozess der Mechanisierung und Technisierung voranzutreiben sowie eine Agrarindustrie zu entwickeln. Die drei großen, miteinander verknüpften Hauptziele der *MST* lauten:

1. Die ländliche Besitzstruktur zugunsten der Landarbeiter und Landlosen zu verändern. Um den Großgrundbesitzern den Besitztitel zu entziehen, bedient sich die *MST* der Maßnahme der Landbesetzungen.
2. Eine Agrarreform durchzusetzen⁹⁹ (Diese Zielsetzung stößt auf enorme Widerstände der Machtinhaber)
3. Eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen¹⁰⁰, denn der Kampf um Land und eine Agrarreform muss – laut *MST*- mit einem ideologischen und politischen Kampf für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft einhergehen.

Man kann erkennen, dass das politische Programm der *MST* weit über den Agrarbereich hinausgeht. Es wird die einseitige Orientierung der politischen Linken kritisiert und der Wunsch für mehr Priorität der sozialen Bewegungen geäußert.

Im Landlosen Konflikt gibt es eine wichtige Unterteilung: *„Der kleinbäuerliche Produzent, der der am Widerstandskonflikt teilnimmt, hat meist zum eingeforderten Grundstück einen persönlichen Bezug: Er war auf diesem lange wohnhaft oder bewirtschaftete das Stück Land über eine längere Zeit (...) Der landlose Kleinbauer, der im Eroberungskonflikt beteiligt ist, versteht sich als politischer Akteur (...) welcher das Latifundium kollektiv besetzt.“*¹⁰¹

Die spärlichen Erfolge der Agrarreformbemühungen seitens der Regierung Brasiliens treiben die *MST* weiter an für ihr Land und ihre Ideologie zu kämpfen. Die Durchsetzung der Agrarreformen ist u.a. auch schwerer durchzusetzen durch das zweigeteilte Agrarministerium Brasiliens, welches aus dem Landwirtschaftsministerium und dem Ministerium für Agrarentwicklung besteht.

⁹⁹ Vgl. <http://www.mst.org.br>

¹⁰⁰ Vgl. Salzer 2005, S.52 ff.

¹⁰¹ Mandach 2000, S.230/231

Lulas langsame Umsetzung der Agrarreform¹⁰² führte sogar zu einer Verschärfung der Konflikte der *MST* und den Großgrundbesitzern, welche im Jahre 2005 (dem sogenannten „roten Jahr“), mit mehreren Massakern von Paramilitärs an Landlosen, den vorläufigen, traurigen Höhepunkt erreichte.¹⁰³ Dies zeigt, dass die Landkonflikte im Laufe des Zivilregimes nicht abgenommen haben.

Durch die hohe Dunkelziffer und der misslichen administrativen Untersuchungen der ländlichen Konflikte, lässt sich schwer etwas über die Polizeigewalt bei diesen Auseinandersetzungen zu sagen, da keine Zahlen existieren.

¹⁰² Die Verschlechterung der ehemals guten Beziehung Lulas zur *MST* wird auf die neoliberale Politik des Präsidenten zurückgeführt

¹⁰³ Vgl. Schmalz/Boris 2005, S.119

4.3.3 Sozialräumliche Segregation

Die in den letzten Jahrzehnten zunehmenden Konflikte und soziale Spannungen in Brasilien haben auch im städtischen Lebensraum zu Problemen, Gewaltausbrüchen und einer starken sozialräumlichen Segregation geführt. *„(...) So sind in Entwicklungsländern urbane Krisen nicht in erster Linie durch entsprechende Deindustrialisierungstendenzen gekennzeichnet, sondern vielmehr durch Problemszenarien der ungeplanten Siedlungsexpansion, durch Infrastrukturdefizite und hohe ökologische sowie soziale Belastungen. Immens große Bevölkerungen leben hier auf engstem Raum beieinander.“*¹⁰⁴

Im vorliegenden Kapitel wird untersucht, ob der sozial produzierte Raum eine Folge des hohen Gewaltpegels in Brasilien ist. Die bestehende räumliche Segregation ist die ungleiche Verteilung der Wohnfläche auf die Bevölkerung, es bilden sich Wohngebiete die durch homogene Wohnbevölkerung gekennzeichnet sind. Dass räumliche Segregation ein Ergebnis sozialer Ungerechtigkeit ist, ist bereits durch zahlreiche Studien untermauert, doch, dass ein direkter Zusammenhang zu Gewalt besteht, ist eventuell ein speziell brasilianischer Fall.

*„Die Vorstellung des Raums enthält an sich bereits das Prinzip einer relationalen Auffassung von der sozialen Welt“*¹⁰⁵

Der soziale Raum ist ein, durch Kommunikation und sozialen Handeln produzierter Raum und sind Abbilder des Wirtschaftens und Herrschens des Staates.

Laut Bourdieu ist der physische Raum in seiner Struktur, der Ausdruck des sozialen Raumes. Also ein räumliches Abbild der historischen Macht- und Einflusskämpfe unter den sozialen Akteuren und Gruppen. Der soziale Raum ist für ihn eine komplexe Kapitalstruktur sowohl ökonomischer als auch kultureller, sozialer und symbolischer Faktoren. Der zeitliche Aspekt verleiht dem sozialen Raum seine innere Dynamik. *„Die jeweilige Situierung der Akteure im sozialen Raum stellt sich in Bezug auf den physischen Raum als Lokalisierung beziehungsweise in hierarchisierender Form als Positionierung dar.“*¹⁰⁶ Es gibt laut Bourdieu keinen Raum der nicht hierarchisierend wirkt und nicht die sozialen Distanzen zum Ausdruck bringt.

¹⁰⁴ Rolf 2006, S. 36

¹⁰⁵ Bourdieu 1998, S.48

¹⁰⁶ Bourdieu 1998, S.127

Die Konstruktion von homogenen Gruppen dient dazu gemeinsame Raumnutzungsinteressen zu bündeln, aber auch, den jeweiligen Einfluss zu steigern (Exklusive Vorteile durch Distinktion zu anderen sozialen Gruppen).

Klub–Effekt vs. Ghetto–Effekt:

Der Klub-Effekt erfordert ein erhebliches Maß an kulturellem und ökonomischem Kapital um einzutreten. Durch den Eintritt durchlebt das Individuum eine symbolische Aufwertung und weitere Wege werden eröffnet.

Der Ghetto-Effekt pfercht eine inhomogene Gruppe zusammen, die einzig die Mittellosigkeit gemein haben¹⁰⁷. Folge des Ghetto – Effektes ist auch der Entzug an öffentlichen und privaten Einrichtungen, sowie eine milieuspezifische Prägung des Habitus¹⁰⁸.

Auch wenn diese Thesen auf Ballungszentren gelten, ist sozialräumliche Segregation keines Falls ein stadtbezogenes Phänomen. Im speziell brasilianischen Fall sind jedoch die großen Städte Räume spezieller sozialer Segregationsformen. Während 1940 weniger als 11 Millionen Menschen in den brasilianischen Städten lebten, erhöhte sich die städtische Bevölkerung bis 1991 um das 10,5-fache auf fast 116 Millionen.¹⁰⁹

„Während das Nobelviertel wie ein auf aktiven Ausschluss unerwünschter Personen beruhender Klub funktioniert und jeden seiner Bewohner symbolisch erhöht, indem es ihm erlaubt, am akkumulierten Kapital aller in ihm Wohnenden zu partizipieren, degradiert das Ghetto symbolisch seine Bewohner, indem es in einer Art Reservat Akteure sammelt, die, aller Trümpfe ledig, deren es bedarf, um bei den diversen sozialen Spielen mitmachen zu können, nichts anderes gemeinsam haben als ihre gemeinsame Exkommunikation. Neben der Stigmatisierung führt die räumliche Zusammenfassung an einer im Nichtbesitz homogenen Population noch zu vertiefter Deprivation, zumal im Bereich der Kultur und der kulturellen Praxis (wie sie umgekehrt die kulturelle Praxis der happy few weiter privilegiert)“¹¹⁰

¹⁰⁷ Anmerkung: die Mittellosigkeit ist nur Oberflächlich gesehen das einzig verbindende Glied. Weitere verbindende Faktoren sind des Öfteren (ethnische) Herkunft, Einkommen, Religion und Bildungsabschluss

¹⁰⁸ Bourdieu 1998, S. 129 nach Dangschat: Segregation. Opladen, 2000.

¹⁰⁹ Vgl. Frey 1997, S. 276

¹¹⁰ Bourdieu 1991, S.32-33 In: Schacht 1999, S.289

Nach dieser Theorie wird der Habitus der Gewalt welcher in den brasilianischen *Favelas* vorherrscht, von „neuen“ Bewohnern schnell angeeignet und so wird die Spirale der Gewalt weitergedreht.

Dass räumliche Segregation nicht nur aus freiwilligen Stücken hervorgeht sondern auf „der Politik der räumlichen Apartheid“ beruht ist Tatsache. Diese resultiert besonders in Brasilien aus Angst vor den unterprivilegierten Massen der Stadt, welche bei der Ober- und Mittelschicht ein besonderes Bedürfnis nach Sicherheit hervorruft.

Sicherheit war schon immer käuflich. In Ländern, wie Brasilien, welche Probleme damit haben, das staatliche Gewaltmonopol zu institutionalisieren, nimmt der private Sicherheitsmarkt den Sicherheitsbereich des Staates ein. Der sich ausweitende Sicherheitsmarkt ist oligopolisch strukturiert und sehr vielfältig – die Angebote reichen von Bewachungs-, Streifendiensten bis hin zum Betrieb von Gefängnissen. Kommunitäre Kontrollordnungen, wie *Gated Communities*, liegen genau an der Schnittstelle zwischen staatlicher und privater Kontrolle.

Der Begriff der Sicherheit wird hier durch die Sicherheitsbedürfnisse des Marktes bestimmt¹¹¹.

In den sogenannten *Gated Communities* wird der privilegierte Teil der brasilianischen Bevölkerung meist von privaten Sicherheitsleuten bewacht. Das Sicherheitskonzept des Staates konzentriert sich auf militärische Maßnahmen zur Bewachung in den gettoisierten Armutsviertel.. Die Wirkung ist, „(...) *dass eine tatsächliche Sezession des Ghettos gegenüber der restlichen Gesellschaft betrieben wird. Die staatlichen Machtmittel werden von Werkzeugen zur Bekämpfung der Armut zu Instrumenten des Krieges gegen die Armen.*“¹¹²

¹¹¹ Vgl. Trotha 2003, S.56 ff.

¹¹² Rolf 2006, S.135 nach Wacquant, Loic J.D.: Über Amerika als verkehrte Utopie. In: Pierre Bourdieu (Hrsg.): Das Elend der Welt. 1997 Konstanz

4.3.4 Das Leben in den brasilianischen *Favelas*

Im brasilianischen Kontext gelten *Favelas* als die klassische Wohnform für die städtisch, periphere Armutsbevölkerung. Es handelt sich um illegale Wohnsiedlungen, die vor allem von der mittellosen Bevölkerung begründet werden, die aufgrund materieller Armut einen kostenlosen Wohnraum sucht¹¹³.

Favelas mehrten sich besonders in den 70er Jahren und einige Gemeinsamkeiten aufweisen. Die Bewohner der *Favelas* leiden unter einer sehr schlechten Infrastruktur, unter fehlender Wasserversorgung und fehlender Müllentsorgung; sie haben kaum verkehrstechnische Anbindungen, und werden durch staatliche Instanzen diskriminiert.

Aus Mangel an Alternativen und zur Vermeidung gewaltsamer Reaktionen werden die Überlebensräume mit Hütten aus Baumaterialresten, Wellblech und Plastikfolien, heute von den Stadtverwaltungen geduldet.¹¹⁴

Wichtige Begriffe bei der Beschäftigung mit der Thematik *Favelas* sind, u.a., *A Comunidade*, *a Quadrilha*, *o morro*.

Nachdem die meisten *Favelas* ursprünglich außerhalb der Innenstadt, auf Hügeln situiert waren, wurde das portugiesische Wort für Hügel: *morro*, im übertragenen Sinne auch für Elendsviertel verwendet.

A Comunidade heißt wortwörtlich Gemeinde und ist in diesem Kontext als Sozialgemeinschaft zu verstehen. *A Quadrilha* ist eine kriminelle Vereinigung, die auch Gemeinde – (*Comunidade*) übergreifend agieren kann.¹¹⁵

Der Drogenhandel beherrscht das Leben, der mehrheitlich schwarzen Bevölkerung in den *Favelas*, doch das eigentliche soziale Problem ist das Bestehen einer Art Parallelstaates (*Estado paralelo*). Der Staat besitzt in den *Favelas* nur marginale Legitimität und tritt meist als brutale Ordnungsmacht (grundsätzlich in Gestalt der Spezialeinheiten der Militärpolizei) auf. Die *Quadrilhas* dagegen stellen die Ordnung her, herrschen über ein oder mehrere *Comunidades*, aber bieten den „Untergebenen“ auch Schutz vor Todesschwadronen und Überfällen.

¹¹³ Vgl. Happe 2002, S.9

¹¹⁴ Vgl. Kohlhepp 2003, S.31

¹¹⁵ Frei übersetzt nach der Verfasserin

Der urbane Mythos besagt, dass die erste Favela in Rio de Janeiro 1897 entstanden sei: Soldaten hatten die behördliche Erlaubnis erhalten, den benachbart zur zentralen Kaserne gelegenen *Morro da Providencia* zu besiedeln, da sie sonst keinen Platz zum Leben gehabt hätten. Daraus entstand die erste Favela.¹¹⁶ Andere *Favelas* entstanden aus den Niederlassungen von afrikanischen Ex-Sklaven, welche nach ihrer Befreiung 1888 keinen Platz zum Leben hatten. Sie begannen sich zusammenzuschließen und die Hügel rund um die Städte zu besiedeln.

Bis in die 1930er Jahre eher als hygienisches Problem gesehen, setzte in den 1940er Jahren eine gesellschaftliche Debatte über die *Favelas* und deren Bewohner, den *favelados*, ein.

*„The lack of legality led to a series of hardline state interventions including mass evacuations and demolition in the 1960s and 1970s. This followed and exacerbated a rising criminalisation of these areas (...) and it induced the creation of internal organisation structures to prevent the access of persons living outside“.*¹¹⁷

Um dieser Illegalität entgegenzuwirken wurden während der Militärregierung in den 1960er und 1970er Jahren in den *Favelas* äußerst gewaltsame Razzien und Hausdurchsuchungen durchgeführt. Es wurde die Räumung vieler *Favelas* verfügt, und die Bewohner in Sozialwohnungen stadtauswärts ausgesiedelt.

Seit Mitte der 80er Jahre entwickelten sich die *Favelas* aufgrund der wachsenden Kriminalität zu „rechtsfreien Räumen“ – sogenannten *no-go-areas*. Dem damaligen Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro Leonel Brizola¹¹⁸ (1983/87, 1990/97) versuchte sich in einer menschenrechtskonformen Bekämpfung der organisierten Kriminalität in den *Favelas*. Er erreichte jedoch lediglich eine Entziehung der staatlichen Kontrolle in den *Favelas* und Befindungen der Sicherheitsbeamten.¹¹⁹

¹¹⁶ Lanz 2004, S.35

¹¹⁷ Janoschka / Borsdorf 2006, S.101

¹¹⁸ Leonel Brizola (1922-2004) war ein linksgerichteter Politiker und eine wichtige Person des Widerstandes gegen die brasilianische Militärdiktatur.

¹¹⁹ Mandach 2000, S.184

Bis heute regiert Gewalt in den *Favelas*. Allein in der Tourismuskapitale Rio de Janeiro sind zwischen 1987 und 2000 bei Konflikten zwischen Drogengangs, Militär, Polizei mehr Jugendliche erschossen worden als in den Kriegen Kolumbiens, Jugoslawiens, Sierra Leones, Afghanistans und Israel / Palästinas zusammen¹²⁰.

„Als hegemoniales Muster jeglicher Favela Politik bildete sich der Klientelismus heraus. Er basiert auf einem Typus persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse zwischen ‚Herrscher‘ und ‚Volk‘ (...) Zur Wahl stehende Politiker etablieren dort Mittelsmänner-sogenannte cabos eleitorais-die als ihr Sprachrohr auftreten (...) Der Klientelismus was aus Sicht der keine vollen Bürgerrechte besitzenden Favelados die einzige Chance politischen Einfluss zugunsten ihrer Wohnorte zu nehmen und dominiert bis heute die politische Beziehung zwischen Favela und Staat“¹²¹

Gleichzeitig ist auch eine zweite Entwicklung zu beobachten. Manche *Favelas* sind nicht nur ein Symbol der Armut und der sozialen Ausgrenzung, sondern stiften Identität und stehen für ethische Zusammengehörigkeit, denn die meisten *favelados* sind Migranten aus anderen Bundesstaaten. Die Bewohner fordern, dass ihre *Favelas* endlich als „normale“ Wohnviertel, sogenannte „*bairros*“ angesehen werden. Staatliche Initiativen versuchen kriminelle Banden zurückdrängen und die Infrastruktur der *Favelas* stärken. Die zentrale Referenz heute ist nicht die Armut *„(...) oder die Stellung im Produktionsprozess, sondern auf den fremden Gesetzen unterworfenen Wohnverhältnissen bezogen auf juristisch-institutionelle (Illegalität) und moralische Kriterien“¹²²*

Die Stadt Rio de Janeiro machte durch das „*Favela-Bairro*“-Programm einen großen Schritt gegen die Ausgrenzung der *Favelas*. Dieses Programm wurde im Jahre 1994 beschlossen und im Jahre 2000 ausgeweitet, da es die Weltbank als Erfolg wertete.¹²³

¹²⁰ Lanz 2003, S. 13 nach Ramonet 2002

¹²¹ Lanz 2004, S.39

¹²² Lanz 2004, S.37 nach Machado da Silva 2002, S.228

¹²³ Vgl. http://www.iets.org.br/biblioteca/O_planejamento_estrategico_da_cidade_do_Rio_de_Janeiro.pdf

Darin werden die *Favelas* der Stadt als „(...) *Área de Especial Interesse Social - AEIS é aquela destinada a Programas Habitacionais de Interesse Social – HIS(...)*“¹²⁴ bezeichnet; also als Gebiete spezieller sozialer Interessen, die mithilfe sozialer Wohnprogramme zu legitimen Wohngebieten werden sollen.

In Rio de Janeiro beinhaltet das soziale Wohnprogramm u.a. neben der ständigen Präsenz der Polizei in den ausgewählten *Favelas* ((...) *garantir a presença da Guarda Municipal na área central e nos centros de bairro, em parceria com a Polícia Militar, visando à segurança do cidadão(...)*), eine gute Wasserversorgung, Kanalisation, Aufforstung und eine Verbesserung der Infrastruktur, mit dem Ziel die *Favelas* als sichere *bairros* in die städtische Infrastruktur zu integrieren.¹²⁵

Ähnlich diesem Projekt begann die Stadt Fortaleza in den 1990er Jahren auch mit einer Initiative, genannt „*Murtirão 50*“, die der Stadt zu einer positiven Entwicklung verhelfen sollte. „*The Programme involves three components: Housing, Job Creation and Revenue Generation, and Training, and the creation of a broad-based and participatory institutional framework for urban governance. The concept behind the "Comunidades" approach is to strengthen civil society and citizenship by providing access to affordable housing, jobs and training*“¹²⁶

Trotz interner Kritik und Bemängelungen¹²⁷ verzeichneten die Projekte einige Erfolge. Es konnte die *Favela „Santa Marta“* in Rio de Janeiro zu einer „Vorzeige-*Favela*“ geformt werden. Deshalb ist der Bau einer Mauer um einige *Favelas*, der Ende 2010 begann, schier unbegreiflich. Die Begründung des Mauerbaus lautet, dass sie zum Schutz des Ökologischen Systems diene, welches durch die Ausbreitung der *Favelas* in Gefahr stünde. Doch es werden Stimmen laut, die die schlüssige Antwort geben, dass die ärmeren Bewohner der *Favelas* für die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympiade 2016 weggesperrt werden sollten.

¹²⁴<http://mail.camara.rj.gov.br/APL/Legislativos/scpro0711.nsf/0/93481A6D1D1C4684832578100048D230?OpenDocument>

¹²⁵<http://mail.camara.rj.gov.br/APL/Legislativos/scpro0711.nsf/0/93481A6D1D1C4684832578100048D230?OpenDocument>

¹²⁶ <http://vcn.bc.ca/citizens-handbook/unesco/most/southam6.html>

¹²⁷ http://www.adenauer.org.br/index.asp_S.3

4.3.4 Der Aufstieg der *Gated Communities*

Durch die soziale Klassengesellschaft entstand, ähnlich den Favelas, noch eine weitere Form der Privatisierung des öffentlichen Raumes: die sogenannten „*Gated Communities*“ (dt. geschlossene Wohnanlage; por. *condomínio fechado*), die in größeren brasilianischen Städten, insbesondere in den Metropolen São Paulo und Rio de Janeiro, zu finden sind.

Der englische Name dieser privat errichteten Wohnkomplexe hat sich durchgesetzt, da diese Phänomene erstmals in den U.S.A. beschrieben wurden¹²⁸, wo sich diese Siedlungsform bereits sehr ausgebreitet hat. Heute ist die Ideologie der *Gated Communities* besonders in den Amerikas verbreitet, doch greift diese Lebensform auch schon nach Europa über. Seit ihrem Erscheinen diskutieren Forscher über die geschlossenen Wohnanlagen, da viele diese als eine Bedrohung der „Stadtharmonie“ sehen. Privatpolizei und Wachdienste, die für Sicherheit und Ordnung in den *Gated Communities* sorgen, kann der Charakter der Parastaatlichkeit verliehen werden. Sie werden von Trutz von Trotha als komunitäre Kontrollordnung¹²⁹ bezeichnet, welche mit der privatwirtschaftlichen Privatisierung von Sicherheit zusammenfällt.

„The rich and famous communities are the original Gated Communities in the Untited States; they have been with us for decades. They are small compounds of privacy for celebrities and the gated enclaves of the very rich, and they are found from the hills of Hollywood to the coast of the Northeast. Highly exclusive, often hidden and heavily defended, they are the model for all the Gated Communities proliferating across the nation.(...)they create yet another barrier to interaction among people of different races, cultures and classes (...) Gates are visible sign of exclusion, and even stronger signal to those who already see themselves as excluded from the large stream social milieu.“¹³⁰

¹²⁸ Anmerkung: Obwohl *Gated Communities* ihren Ursprung in den europäischen Metropolen des 19. Jahrhunderts haben vgl. Glasze / Webster / Frantz 2006, S.2 ff.

¹²⁹ Vgl. Trotha 1995, S.154

¹³⁰ Evangelisti 2000, S.45 nach Blakely/Snyder 1997, S.41 ff.

Diese Wohnkomplexe, die an militärische Forts erinnern, dienen zur Verschanzung der Mittel- und Oberschicht gegen das städtische Außen. Vergitterte Fenster, Stacheldraht, Elektrozaun und ein privates Sicherheitspersonal garantieren einen gewaltfreien Raum, welcher mit Freizeit – und Serviceeinrichtungen versehen ist und in deren Nähe oft hochrangige Shopping Centers entstanden sind. Der bessere soziale Status ermöglicht einer Minderheit der Bevölkerung eine Segregation von der „eigentlichen Stadt“, die von Gewalt gezeichnet ist.

Im Gegensatz zu den ärmlichen *Favelas* wird diese Art der Wohnform freiwillig angestrebt. Evangelisti beschreibt *Gated Communities* als eine Hypersegregation, ein Vorgang der eine residentielle Segregation auf der einen Seite und eine soziale Segregation auf der anderen Seite aufzeigt.¹³¹

Eine große Rolle für diese „Selbstisolierung“ ist das Sicherheitsbedürfnis der Oberschicht.¹³² Sie vertrauen privaten Sicherheitspersonen mehr als der Exekutive des Staates. Es wird eine „(...) *Bevorzugung des privaten vertraglichen Angebotes mit privaten Anbietern für bestimmte städtische Einrichtungen, gegenüber vertraglichen Gemeinschaft der Stadtverwaltung ausgedrückt.*“¹³³

¹³¹ Evangelisti 2000, S.14

¹³² Anmerkung: Natürlich gibt es auch viele weitere Erklärungsansätze für das Phänomen der *Gated Communities*, u.a. Je höher das Einkommen eines Haushaltes, desto größer sind seine Möglichkeiten, zwischen verschiedenen Wohnstandorten zu wählen. Je größer die soziale Ungleichheit (...), desto größer ist die Differenzierung der Lebensstile. (...) Evangelisti 2000, S. 15 nach Friedrichs 1995, S.93. Glasze warnt davor Kriminalität als einzige Ursache für die Bildung der *Gated Communities* zu sehen. Glasze / Webster / Frantz 2006, S. 1ff.

¹³³ Evangelisti 2000, S.43

Die beiden Pioniere in Der Forschung über *Gated Communities*, Blakely und Snyder, unterscheiden in Ihrer Studie über geschlossene Wohnanlagen in den U.S.A. drei Haupttypen dieser¹³⁴:

1. *Lifestyle Communities*: Diese Siedlungen bieten neben den üblichen Sicherheitseinrichtungen auch andere Annehmlichkeiten und eine breite Palette an verschiedenen Freizeiteinrichtungen, wie zum Beispiel Golfkurse, an.
2. *Prestige / Elite Communities*: Diese Wohnanlagen werden von den „Reichen und Schönen“ bewohnt und bieten nicht nur Sicherheit gegen die Kriminalität, sondern auch vor dem gesellschaftlichen Abstieg.
3. *Security Zones*: Das Errichten einer „Festung“ rund um mehrere Häuser wird von der Mentalität der Angst geleitet. Die *Security Zones* befinden sich oftmals in zentrumsnähe und deren Bewohner sind hauptsächlich aus der Mittelschicht.

Für Brasilien ist der dritte Typ der *Gated Community*-Typologie am interessantesten, denn dieser resultiert unmittelbar aus der Angst vor den „städtischen Problemen“, wie Drogen, Überfälle, Gewalt, die Bildung von gefährlichen Armenvierteln etc., und der ständigen Unsicherheit in öffentlichen Räumen.

Wäre das Monopol der Sicherheit in der Macht des brasilianischen Staates, wäre der Gewaltpegel niedriger, das Bemühen das Vertrauen zurück in die öffentlichen Institutionen zu bringen wäre höher und das daraus resultierende höhere Vertrauen der Bevölkerung in die öffentliche Sicherheit würde zu einer Harmonisierung der Stadt führen. Der Prozess der Privatisierung des Gewaltmonopols trägt auch dazu bei, dass die Grenzen zwischen den Institutionen des Staates und der (gewaltsamen) Selbsthilfe fällt und in der parastaatlichen Ordnung die Gewalt alltäglicher Ordnung folgt.

¹³⁴ Evangelisti 2000, S.46 / <http://www.ifpo.org/articlebank/gatedcommunity.html>

Trutz von Trotha nennt dies die „Kultur der konflikträchtigen und gewalttätigen Grenze“¹³⁵, die die Marginalisierung fördert und den Wechsel zwischen den privaten Räumen einzuschränken sucht.

Die große Verbreitung und Neuentstehung von *Favelas* und *Gated Communities* in Brasilien werden generell als Probleme der Städte gesehen. Die Städte machten in den letzten 20 Jahren die größten Veränderungen in Hinsicht auf die urbane Modernisierung durch. Viele Menschen vom Land zog es, in der Hoffnung auf Reichtum und bessere Lebensqualität, in die neuen Ballungsräume. Folge war eine drakonische Polarisierung von urbanen Plätzen und es entstanden Räume für die ärmeren Bewohner der Stadt und ebensolche für die reichere Minderheit.

Durch das stetige Wachsen der brasilianischen Metropolen konnten die Trennungen der Räume nicht mehr aufrechterhalten werden und sie vermischten sich immer mehr. Dieser Prozess ging Hand in Hand mit der Segregation der Mittel- und Oberschicht in private Räume, um mehr Sicherheit und Lebensqualität zu gewährleisten.¹³⁶

Konklusiv kann man behaupten, dass das Problem der Gewalt und der mit hergehenden Entpolitisierung, durch die Privatisierung der Sicherheit in den *Gated Communities* und die Militarisierung in den *Favelas*, einen wesentlichen Einfluss auf das äußere Erscheinungsbild der Stadt hat und dieses schlägt sich auch im Konzept der „*Devided City*“¹³⁷ (die sozialräumliche Spaltung in einer Stadt) nieder.

Die Entwicklung zu einer oligopolistischen Sicherheitsordnung (*OPSO* nach Trutz von Trotha) berührt nicht nur die Grundfesten der Organisation des Gewaltmonopols in der konstitutionell-wohlfahrtsstaatlichen Ordnung, sondern ist auch dabei wesentliche Grundlagen unseres Verständnisses von Staat, Recht und Ordnung umzustürzen¹³⁸.

¹³⁵ Vgl. Trotha 1995, S.157

¹³⁶ Vgl. Janoschka / Borsdorf 2006, S. 96

¹³⁷ Vgl. Rolf 2006, S.136

¹³⁸ Vgl. Trotha 1995, S.156

4.3.4 Recht und Staat für die Indigenen Ethnien Brasiliens

Brasilien gilt heute als Schmelztiegel kultureller Identitäten, welcher sich durch die autochthone Bevölkerung, den afrikanischen Sklaven, den europäischen Kolonisatoren und den Siedlern gebildet hat.

Die Indigene Bevölkerung Brasiliens nimmt eine besondere Rolle ein - es bedarf sie hier zu analysieren, da auch diese über ein eigenes Rechts- und Normensystem verfügt, welches nicht mit dem des Staates konform geht.

Seit Ankunft der Europäer in Brasilien kämpft die indigene Bevölkerung Brasiliens um ihre Existenz. Sie wurden als „Wilde“ abgestempelt, als Hindernis für den Fortschritt des Landes gesehen und um ihr Land gebracht. Die europäischen Kolonisatoren versklavten die Indios und missbrauchten sie für Ihre Zwecke.

Unter großem Druck der Intellektuellen und ausländischen Persönlichkeiten wurde 1910 die SPI „*Serviço de Proteção ao Índio*“, also ein indigener Schutzdienst, eingerichtet. Dieser wurde während der Militärdiktatur in den Rahmen der nationalen Sicherheitspolitik gestellt. Besonders in der Zeit der Militärdiktatur wurden viele Indios systematisch ermordet, denn Gutsbesitzer, Militärs und Goldgräber waren der Meinung, die Wildnis wäre herrenloses Land, das dem Stärkeren gehöre. Zwischen 1970 und 1980 betrug der Zuwachs der nicht-indianischen Bevölkerung in Amazonien durchschnittlich 56,5%. Gegen die Besetzung indischen Gebiets und sonstige Verstöße gegen die Gesetze wurde meist nicht gehandelt.

Doch durch international bekannt gewordene Korruption und nicht ausreichender Arbeit mit der indigenen Bevölkerung wurde dieser Schutzdienst SPI im Jahre 1967 durch die FUNAI „*Fundação Nacional do Índio*“ ersetzt¹³⁹.

¹³⁹ Vgl. Ferreira 2002, S.33

Diese besteht bis heute und kämpft für die Rechte der indigenen Bevölkerung Brasiliens und manifestiert sich „(...) einerseits im *Indianerstatut*, dem Gesetzeswerk auf dessen Grundlage die FUNAI arbeitet, und andererseits in Entwicklungsprogrammen. Die andere Institution ist die CIMI¹⁴⁰, eine kirchliche Organisation, die als Gegenorganisation zur FUNAI und als Interessensvertretung für die Indianer entstanden ist“.¹⁴¹

Die Massaker und Vertreibungen hatten die Landeinvernahme als Ziel. August unterscheidet 4 Bevölkerungsgruppen der Landbevölkerung die für die Vertreibung der Indios mit Gewaltanwendung relevant waren¹⁴²:

- Kleinbauern (*posseiros*)
Die Kleinbauern sind meist Siedler, die den enormen Druck von den Großgrundbesitzern und den Multinationalen Unternehmen spüren. Dadurch sind sie, laut August, noch brutaler und rücksichtsloser gegenüber der indischen Bevölkerung, da sie sonst keine Überlebenschancen sehen.
- Großgrundbesitzer (*fazendeiros*)
Die mächtige Lobby der Großgrundbesitzer wird maßgeblich von der Regierung unterstützt, da sie überzeugt sind, den unterentwickelten und rückständigen Regionen wirtschaftlichen Fortschritt zu bringen. Die Indianer, die sich nicht dem Gedanken des *Ordem e Progresso* unterordnen wollen, werden als Hindernis angesehen und aus dem Weg geräumt.
- Kautschuksammler (*seringueiros*), Goldsucher (*garimpeiros*)
- Viehzüchter und Viehtreiber (*vaqueiros*)

Im Jahre 1973 wurde das Indianerstatut als gesetzliche Grundlage indianischer Angelegenheiten erschaffen. Darin wurden die Entwicklung der Indianer, sowie deren Eingliederung in die brasilianische Gesellschaft als primäres Ziel der Indianerpolitik gesehen.

¹⁴⁰ CIMI – Conselho Indigenista Missionário

¹⁴¹ August 1995, S.5

¹⁴² August 1995, S.45-61

Die indigene Bevölkerung wird darin als „beschränkt handlungsfähig“ bezeichnet und gemäß ihrer Integration in drei Kategorien unterschieden:

- „Isolierte Indianer“
- „Indianer auf dem Weg zur Integration“
- „Voll integrierte Indianer“¹⁴³

Bis ein Indianer als voll integriert galt, unterstand er der Vormundschaft der *FUNAI*. Voll integriert beinhaltet neben dem Erwerb der portugiesischen Sprache und einer regelmäßigen Tätigkeit auch die Kenntnis von den Regeln und Gesetzen der brasilianischen Gesellschaft.

Neben der Problematik der Unmündigkeit, war auch die Ungenauigkeit terminologischer Begriffe ein großes Problem, so wurde der Begriff der „Indigenen Gemeinschaften“ beispielsweise nur unzureichend definiert.¹⁴⁴ Die autoritäre, staatliche Willkür wurde durch diese ungenauen Formulierungen gerechtfertigt.

Nachdem sogar nachgewiesen wurde, dass auch der Indianerschutzdienst selbst am Massenmord der Indigenen Bevölkerung beteiligt war, wurde die Welt darauf aufmerksam und der Staat Brasilien musste an der Verbesserung der Lebenssituation der Indios arbeiten .

Neben den großen ökonomischen Schwierigkeiten mit welchen Brasilien im Demokratisierungsprozess zu kämpfen hatte, verschärfte sich auch die Landsituation in den 1980er Jahren. In allen Verfassungen der Kolonialgeschichte Brasiliens (mit Ausnahme der des Jahres 1891) wurde den Indigenen das Recht über die von ihnen bewohnten Gebiete anerkannt. So auch die Verfassung von 1988, welche den indigenen Völkern das ursprüngliche Recht auf das traditionell von ihnen besiedelte Land zuspricht, aber wichtiger noch, sie behandelt den Umgang mit der indianischen Bevölkerung fortschrittlicher.¹⁴⁵ Denn zum ersten Mal wurde den Indigenen das Recht auf Eigenständigkeit zugesprochen und wichtige Verbesserungen, infolge eines Mobilisierungsprozesses und Druck der Indigenen, eingeleitet.

¹⁴³ August 1995, S. 87 - 99

¹⁴⁴ Vgl. Hager 1991, S. 80ff.

¹⁴⁵ Vgl. Ferreira 2002, S.49

Die wichtigsten davon sind unter anderem:

- der Verzicht auf die bisher angestrebte Integrationspolitik
- die Übernahme der juristischen Verteidigung der Rechte und Ansprüche der Indigenen durch das Ministerium für Öffentliche Angelegenheiten (dadurch endete hier das Monopol der FUNAI)
- der Staat wurde verpflichtet, für den Schutz der kulturellen Identität der Indigenen zu sorgen¹⁴⁶

Kritisiert wird jedoch, dass trotz der, in der Verfassung verankerten, Rechten der Indigenen, die Umsetzung nicht gewährleistet wurde. Als Beispiel kann man hier die Demarkierung und Anerkennung indigener Gebiete nennen, die planmäßig 1991 abgeschlossen sein hätte sollen, aber bis heute nicht vollzogen wurde.¹⁴⁷ Dadurch fürchten u.a. die Indigenen Organisationen eine Verschlechterung ihrer Lage durch Reduktion ihrer Territorien.

Heute macht die indigene Bevölkerung ungefähr 0,2% der gesamten Bevölkerung aus¹⁴⁸ und noch immer werden ihre Territorien bedroht und ihre Grundrechte verletzt.

In einer stabilen, von der Gesellschaft akzeptierten Demokratie, würde die indigene Bevölkerung Brasiliens, trotz gesellschaftlicher Differenzen, über mehr demokratisches Recht verfügen.

Die heutigen Probleme gehen weit über die Landrechtsproblematik, an der die Differenzen ihren Anfang nahmen, hinaus. Im Amazonasgebiet, das Wohngebiet der meisten Indigenen, wird, trotz hoher Strafandrohungen, noch immer illegale Abholzung, sowie Goldgräberei und Bergbau betrieben. In den Gebieten der Indigenen haben sich regelrechte Kartelle und Mafiagruppierungen gebildet, welche durch Bestechung und gewaltsame Durchführung dem Gesetz trotzt.¹⁴⁹ Die Folgen der Abholzung sind Hunger und Krankheiten bei den indigenen Gemeinschaften. Durch das Quecksilber, das bei der Goldsuche eingesetzt wird, werden zudem die Flüsse verunreinigt.

¹⁴⁶ Ferreira 2002, S. 50-51

¹⁴⁷ Vgl. Ferreira 2002, S. 53

¹⁴⁸ <http://www.ibge.gov.br/>

¹⁴⁹ Vgl. Ferreira 2002, S. 86

Die Regierung spricht den Indigenen Organisationen zwar Rechte zu, bedroht aber durch ihre Strukturpolitik ebenfalls den Lebensraum der Indigenen. Durch die ehrgeizigen wirtschaftlichen Pläne der brasilianischen Regierung wird mehr Energie benötigt und Erdgasprojekte werden ins Leben gerufen, Staudämme in ökologisch sensiblen Gebieten gebaut und neue Straßen, welche quer durch indigene Territorien laufen, gebaut.¹⁵⁰

Die starken Militärs sehen autonome indianische Reservate als Hindernisse der Verteidigung der Grenzen und Indios ohne brasilianische Staatsangehörigkeit werden nebst Drogenhändler, Guerillaangehöriger, Goldsucher, internationaler Abenteurer, als feindliche Kräfte definiert.¹⁵¹

„Es ist deutlich, dass Bundes- und Landesregierungen den Schutz der indigenen Ethnien anderen Interessen unterordnet. Nur durch großen und unaufhörlichen öffentlichen Druck kann der politische Wille zur Aufklärung und Ahndung von Menschenrechtsverletzungen gestärkt werden.“¹⁵²

Auch wenn mehrere Akteure für die (Nicht-) Einhaltung der indigenen Rechte verantwortlich sind, müsste eine demokratische Regierung für die Einhaltung dieser garantieren und die Verletzung dieser Rechte verfolgen.

¹⁵⁰ Vgl. Ferreira 2002, S. 104 ff.

¹⁵¹ Vgl. Heinz 2011, S.225

¹⁵² Ferreira 2002, S. 141

5 Wohin entwickelt sich Brasilien?

Ist Brasilien das „Land der Zukunft“, wie es schon Stefan Zweig geschrieben hatte? Oder stolpert der gigantische Staat über die mangelhafte Akzeptanz der demokratischen Strukturen?

Nachdem Ex-Präsident Lula die Wahlen von 2002 und 2006 gewonnen hatte, übergab er Ende 2010 die Macht an, die von ihm vorgeschlagene, Dilma Rousseff. Sie kommt ebenfalls aus der „*Partido dos Trabalhadores*“ (Arbeiterpartei) und es ist anzunehmen, dass sie Lula's Linie (den „*Lulismo*“¹⁵³) weiterführen wird.

Als Lula 2003 die Führung Brasiliens übernahm, war die Erinnerung an die Finanzkrise noch frisch. Durch Lula wurde Brasilien zu einem Global Player und zur führenden Nation Lateinamerikas. Der Wert des Reals, die nationale Währung, hat sich während Lula's Regierung mehr als verdoppelt, die Armutsrate sank und erstmals konnte sich eine Art Mittelschicht formieren¹⁵⁴.

Der Lateinamerika-Spezialist Univ.-Prof. Gerhard Drekonja-Kornat sieht in seinem Artikel erschienen im Dezember 2010 und im angeführten Interview eine eindeutig positive Entwicklung des Staates. Er sieht Brasilien zweifellos als Land der Zukunft, welches nicht viel länger als Schwellenland fungiert wird.

Ökonomisch hat Lula das Land weit vorwärts gebracht, jedoch politisch relativ wenig. Bemängelt werden die großen Defizitbereiche Bildung und Gesundheit, wie auch die fehlende öffentliche Sicherheit, welche dringend reformiert sollten.

Bei einer Befragung des Latinobarómetro im Jahre 2001 gaben nur 21% der Befragten Brazilianern an, mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden zu sein. Auch sank die Zustimmung der brasilianischen Bevölkerung zur Demokratie dramatisch.¹⁵⁵ Bei einer erneuten Befragung 2007 konnte wiederum ein Aufschwung der Zustimmung zur Demokratie festgestellt werden.¹⁵⁶

¹⁵³ Unter „Lulismo“ wird das politische Phänomen Lula auf Basis seiner Popularität verstanden. Ähnlich dem Peronismus in Argentinien wird Lula als Einzelperson verstanden, abgespalten von der, von Skandalen gebeutelten Arbeiterpartei. Vgl. Sola 2008, S.129

¹⁵⁴ Vgl. Drekonja-Kornat 2010, S.V

¹⁵⁵ Vgl. Nolte 2001, http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/ilas/archiv/brennpunkt_la/bpk0118.pdf, S.197

¹⁵⁶ Vgl. The Economist 2008 <http://www.latinobarometro.org/latino/LATContenidos.jsp>

Daraus kann man schließen, dass die Bevölkerung sich noch immer unsicher ist, ob die Demokratie die richtige Regierungsform für ihr Land ist. Und, dass das Vertrauen der Brasilianer in die Demokratie, nach Jahrzehnten demokratischer Erfahrung unterentwickelt ist.

Wirtschaftlich ist Brasilien sicher auf der Überholspur, jedoch wäre die Einführung einer offeneren und neuen politischen Kultur nötig gewesen, um das Land ganzheitlich entwickeln. Lulas' Idee einer Demokratie, die auf den Markt basiert und seine sozioökonomischen Maßnahmen, minimierten teilweise die Armut und führten zu einem Aufstreben der neuen Mittelklasse. Doch viele Politikwissenschaftler, wie auch Lourdes Sola, sehen in den schwachen, bürgerrechtlichen Strukturen zukünftige Probleme. Sie sieht die Entwicklung des Landes in eine sehr wirtschaftspolitische Richtung zu gehen und sieht große politische Defizite („*as much market as possible, as much state as necessary*“)¹⁵⁷.

Denn das soziale Ungleichgewicht der Bevölkerung ist nicht nur auf die ungleiche monetäre Verteilung zurückzuführen, sondern auch auf die Aussicht auf ein besseres, sicheres Leben. Diese Aussicht ist nur gegeben wenn die Bürger Brasiliens mehr Rechte bekommen und den demokratischen Strukturen des Landes vertrauen können.

Eine funktionierende Gewaltprävention wäre eine gute Reform, denn die heutigen Strategien bekämpfen hauptsächlich die Auswirkungen von Gewalt, nicht das Phänomen selbst.

¹⁵⁷ Vgl. Sola 2008, S.136

6 Fazit

Die jüngere Geschichte Brasiliens und insbesondere die Zeit des autoritären Regimes Brasiliens formten einen jetzigen Staat, welcher zwar demokratische Strukturen besitzt, jedoch von Gewalt geprägt ist. Die Gewalt geht vom Staat selbst aus wie auch von verschiedenen Parastaatlichen Strukturen. Diese stehen im direkten Zusammenhang zum politischen System, da der Staat nicht über den politischen Willen verfügt, die rechtsstaatlich kontrollierten Gewaltanwendungen auszuüben.

Ausgangspunkt dieser Arbeit ist, dass der demokratische Staat Brasiliens in mehreren Punkten defizitär ist. Über Jahre hinweg konnte das Institutionelle Regel- und Normensystem sich nicht über soziale Normen hinwegsetzen, es bauten sich regionale und lokale Machtstrukturen neben den staatlichen auf und es wurde die Entstehung eines „*Estado Paralelo*“ begünstigt.

In dieser Arbeit wurde belegt, dass der Staat Brasilien nicht über die Ordnungsfunktion verfügt, um Träger der globalen Ordnung zu sein. Nach der Militärdiktatur wurde in der Phase der Transition schrittweise eine Demokratie eingeführt, jedoch wurden die demokratischen Regeln und Normen nicht ausreichend konsolidiert. Im Verlauf der Arbeit wurde gezeigt, dass die Charakteristika der hybriden Demokratieformen durchaus auf Brasilien zutreffen, sowie dass der Staat über eine gewisse Fragilität aufweist.

Wirtschaftskrisen führten zu einer Politik, deren wirtschaftliche Entwicklung vorrangig ist. Heute wird oft über den Wirtschaftsboom des Landes berichtet, von welchem jedoch nur die ohnehin besser gestellten Brasilianer profitieren können.

Bis heute ist die staatliche Gewaltprävention in Brasilien mangelhaft. In der Bevölkerung verfestigte sich eine „Kultur der Angst“, denn es wird dem Schema, der privatisierten Gewaltbekämpfung gefolgt, welches allerdings nicht das Problem der Gewalt an den Wurzeln begreift. Bis heute ist die Militärpolizei überpräsent, wird gefürchtet und herrscht mit Gewalt über „heikle“ Wohngebiete. Von ganz Lateinamerika sind die brasilianischen Streitkräfte die stärksten geblieben.¹⁵⁸

¹⁵⁸ Vgl. Heinz 2001, S.184

Das Experteninterview

Im Zuge meiner Recherchen konnte ich den emeritierten Univ.-Prof. Gerhard Drekonja, des Institutes der Geschichte auf der Hauptuniversität Wien, für ein Experteninterview gewinnen.

In der Sozialforschung gilt die Methodik des Experteninterviews als sehr beliebt, da es einen erleichterten Zugang zu einem schwer erreichbaren Feld (wie in diesem Fall Brasilien) herstellt.

In meinem speziellen Fall, entschied ich mich für einen Experten der dem wissenssoziologischen Muster eines Experten entspricht. Dieses Muster impliziert, dass der Experte ein Wissenschaftler und mit hohem Maß an Fachwissen ausgestattet ist. Dieses Muster unterscheidet sich vom voluntaristischen Experten, welcher den Experten kaum vom Laien unterscheidet, oder auch der konstruktivistischen Definition des Experten, der von der konstruierten Zuschreibung eines Experten ausgeht.¹⁵⁹ Da mein Interviewpartner Prof. Drekonja ein emeritierter Professor der Lateinamerikakunde, mit zahlreichen anderen wissenschaftlichen Arbeiten Lateinamerika-betreffend, theoretisch, wie auch praktisch, bezeichne ich ihn als Experten im wissenssoziologischen Sinne.

Die Problematik des Experteninterviews besteht darin, dass es kein starres Leitbild des Experteninterviews gibt und diese auch eine besondere soziale Situation darstellt.¹⁶⁰

Der Fokus des Interviews lag auf (...) *“der analytischen Rekonstruktion der subjektiven Dimension des Expertenwissen“*¹⁶¹ Es war mir ein Anliegen die subjektive Sichtweise des Interviewpartners zu ergründen und seine daraus folgenden Schlüsse.

¹⁵⁹ Vgl. Bogner, Littig, Menz 2002, S.41

¹⁶⁰ Vgl. Bogner, Littig, Menz 2002, S.34

¹⁶¹ Vgl. Bogner, Littig, Menz 2002, S.38

Prof. Drekonja war langjähriger Professor für außereuropäische Geschichte und avancierte sich zu einem außerordentlichen Experten für Lateinamerika. Neben seiner Tätigkeit als Chefredakteur der „Zeitschrift für Lateinamerika“ in Wien fungiert er als Mitglied in mehreren wissenschaftlichen Institutionen.¹⁶²

Das Interview wurde am 11.10.2010 geführt und wurde bewusst von mir, als Interviewerin, unstrukturiert und als Leitfadeninterview geführt.

I (Interviewer)

PD (Professor Drekonja)

I: Guten Tag Herr Prof. Drekonja. Danke, dass sie sich Zeit genommen haben. Wie bereits besprochen würde ich Sie gerne über die Gewaltproblematik in Brasilien befragen. Dann fange ich sofort an mit der Frage, warum Sie glauben, dass in Brasilien, wie auch in ganz Lateinamerika, das Gewaltniveau so hoch ist.

PD: Also, erst mal, das bemerkenswerte ist, dass die Lateinamerikanischen Gesellschaften tatsächlich unterschiedlich hohe Gewaltpegel haben; aber, dass trotzdem die Dinge neuerdings erstaunlich gut funktionieren. Das heißt, sowohl die Politik, die Bevölkerung... haben sich leider daran gewöhnt und mussten sich einrichten mit hohem Gewaltpegel zu leben trotz des hohen Wachstums, trotz der Fortschritte im technologischen Bereich. Also, woran europäische Gesellschaften scheitern würden bei diesem hohen Gewaltpegel. Dies ist in Lateinamerika, also auch in Brasilien fast ein „Way of Life“ geworden, nicht? Und daher müssen dann die Bevölkerungen in Ihren verschiedenen Einkommensschichten probieren damit zurande zu kommen.

¹⁶² Siehe <http://www.univie.ac.at/Geschichte/htdocs/site/arti.php/90630>

I: Und wie schaffen sie das Ihrer Meinung nach?

PD: Naja, die lateineramerikanische, also auch die brasilianische hat einen sehr hohen Leidenspegel. Die halten sehr viel aus. Die Toten purzeln und das Leben geht weiter. Das heißt, das sind Bevölkerungen in den unteren Einkommensschichten die sehr viel aushalten müssen, die sehr viel aushalten können und trotzdem Ihre Würde bewahren und fröhlich bleiben. Weil „*violencia*“ dann auch zum Alltag gehört. Was natürlich nicht sehr erfreulich ist, aber nochmal, das hindert die Lateinamerikanischen Gesellschaften nicht, gerade jetzt in der jüngsten Zeit, vorwärts zu kommen. Warum ist der Pegel so hoch, eine Rolle spielt sicher, dass ganz Lateinamerika und vor allem Brasilien in der Führerrolle durch diese hässliche Phase mit der Militärregierung gehen mussten – wo Gewalt ja vom Staat aus auf die Bevölkerung hergefallen ist.. Verfolgung von Intellektuellen, Folter.. alles was dazu gehört. Und im sogenannten „*ritorno*“ wo das Militär zurück in die Kasernen gingen, blieben sehr viele Relikte davon übrig. Und daher ist der Gewaltpegel in der demokratischen Transition nicht wesentlich gesunken, klar - wegen der sozialen Spannungen auch.

I: Er ist nicht gesunken der Pegel, aber glauben Sie, dass er sich verändert hat? Dass sich die Art der parastaatlichen Gewalt geändert hat?

PD: Da ist die Situation von Land zu Land verschieden. Kolumbien ist da ein sehr schlimmer Fall, wo wirklich sehr viel parastaatliche Gewalt übrig geblieben ist. In Brasilien habe ich den Eindruck haben die demokratischen Regierungen der letzten zehn Jahre doch das einigermaßen wieder unter Kontrolle bekommen. Außer im Bereich von Slums und Armenvierteln wo einfach sehr viele illegale Strukturen vorhanden sind.. wo Drogenhandel und Drogenproduktion floriert und wo dann die Grenze schwimmt zwischen Offizielltem und Illegalem, nicht?

Jüngst versucht aber Brasilien, gerade in Rio de Janeiro in den Favelas wirklich damit auch weiterzukommen – die Militärs waren ja in den letzten zwei, drei, vier Jahren wirklich sehr grob in den Favelas – aber ich lese jetzt, dass die Militärs in den Sozialzentren mithelfen und Babys betreuen in den Krippen und so weiter... ich hab es nämlich gerade in den New York Times gelesen¹⁶³ und ein Foto davon werde ich Ihnen nachher zeigen. Also man probiert wirklich vorwärts zu kommen. Tendenziell verbessert sich die Situation.

I: Wie glauben Sie, dass die rechtsfreien Räume, wie die Favelas die Sie genannt haben oder auch die Gated Communities, sich auf die Staatlichkeit auswirken?

PD: Die Reichen wollen Ihre Ruhe haben und geschützt sein einigermaßen und schließen sich ein – die wollen ja nicht den Staat unterminieren, sondern die wollen sozusagen ihren eigenen Freiheitsbereich da erbauen und gehen halt mit Helikopter ein uns aus.

I: Das heißt, dass Ihrer Meinung nach auch die Reichen kein Vertrauen in die staatlichen Institutionen haben?

PD: Naja, das ist so, niemand vertraut der Polizei. Über die Jahre gab es Umfragen mit den Fragen „Was besorgt Sie am meisten“ und „Was fürchten Sie am meisten“ und in fast allen Lateinamerikanischen Ländern kam heraus – die Polizei, als eine der vorrangigsten Elementen. Was ist bei uns gefährlich? Über die Straße gehen, von einem Auto angefahren zu werden oder von einem Radfahrer. In Lateinamerika und in Brasilien ist die Polizei das Problem. Weil sie Schmiergeld verlangen und mit Mafias zusammenarbeiten und da tun sich alle Regierungen schwer das wirklich nach europäischen Vorbildern unter Kontrolle zu bringen. Aber man bemüht sich!

I: Denken Sie, dass die Demokratie die richtige Staatenform für Brasilien ist?

PD: Naja, wir Europäer halten die liberale Demokratie als Modell sehr hoch und freuen uns, dass die Lateinamerikaner auf dieser Schiene fahren. Naja.. alternativ, was ist alternativ – da gibt es eigentlich nur Venezuela und in Venezuela ist Gewalt explodiert. Caracas ist ja die schlimmste Stadt angeblich in Lateinamerika.

¹⁶³

http://www.nytimes.com/2010/10/11/world/americas/11brazil.html?_r=1&scp=2&sq=brasil&st=cse

Also, wenn man dann etwas alternatives ausprobiert, so interessant wie es für Polituren ist, so schwierig ist es dann umzusetzen weil bei der Alternative ja die Elemente des bürgerlichen Staats abgebaut werden müssen, das öffnet, wie man heute in Venezuela sieht, erst recht den Raum für illegale Gewalt oder Gewalt überhaupt. In dem Sinne hat Brasilien schon Recht auf diesem demokratischen Weg zu schreiten, außerdem mögen die Europäer das und den Brasilianern schadet es ja auch nicht – im Gegenteil. Denn wenn das Ganze so rennt und so weitergeht wird sich vieles in Brasilien bessern. Aber mit starker Differenzierungen innerhalb der Bevölkerung. Die Reichen schließen sich ein, in die Gated Communities oder in den Penthouses. Die Mittelklasse weiß nicht recht wie sie das aushalten soll. In den unteren Schichten, Favelas, Armenvierteln, wo aber auch dann Besserungen greifen. Das heißt, die brasilianische Bevölkerung muss mit dem leben. Und die Verbesserungen sind in kleinen Schritten, aber es hat sich ein bisschen gebessert – generell. Nur die öffentliche Unsicherheit, wie ich es von Kollegen höre aus Brasilien, soll in den letzten Jahren eher schlechter geworden sein.

I: Ist das nicht paradox? Obwohl die Situation sich zu bessern scheint, vergrößert sich die öffentliche Unsicherheit?

PD: Das ist das brasilianische Paradox. Kleinkriminalität, Entführungen .. und so scheint schlechter geworden zu sein unlängst. Das heißt bei allen Verbesserungen ist Leid und Gewalt im brasilianischen Alltag ein Problem. ...Wir haben den schwachen Staat, der einfach nicht in der Lage ist das zu kontrollieren. Der in der Vergangenheit nicht immer versucht hat das zu kontrollieren oder selber ein Gewalttäter geworden ist. Das sind Kulturen der Gewalt aus denen wir gottseidank herausgewachsen sind.

Also nicht die Demokratie ist schwach sondern der Staat. Die staatlichen Organe, die eigentlich das alles kontrollieren sollten, die das Waffenmonopol haben sollten, die eine nicht korrupte Polizei haben sollte und ein Militär das tatsächlich die standesgemäße Aufgabe erfüllt. Das schaut alles auf dem Papier sehr schön aus, aber die brasilianische Wirklichkeit ist eben sehr widersprüchlich und der Alltag ist eben anders.

I: Denken Sie der Staat sollte Reformen erzwingen, also einen starken Staat erzwingen?

PD: Der Staat kann stärker werden, wenn die Justiz ... also die Polizei zu einer echten Ordnungskraft ausbaut, die jenseits der Korruption steht. Die sozialen Differenzen schwächer werden – ich glaub da hat Brasilien in den letzten Jahren sehr stark aufgeholt. Aber das geht nicht von heute auf morgen... leider.

Brasilianer sind Weltmeister im Jonglieren, im sich arrangieren und erstaunlicherweise sind die letzten Jahre Erfolgs- und Boomjahre geworden – trotz allem. Das ist ja das faszinierende an Brasilien. „Brazil takes off“ war ja das berühmte Titelbild des Economist Magazine¹⁶⁴, in der die Christusstatue abhebt wie eine Rakete.

I: Wer regiert Brasilien, ihrer Meinung nach, wirklich? Gibt es den Estado paralelo?

PD: Gegenfrage: wer regiert Österreich wirklich? Also die Frage kann man an jede Gesellschaft stellen. Und, dass was man den Lula vorwirft, dass er die wesentliche Struktur dieser Oligarchie nicht angegangen ist. Und... es hat sich eine sehr starke Oligarchie entwickelt zwischen der Wirtschaft und den Zielen politischer Fürstentümer. Die alles paralysieren, stocken können wenn sie wollen. Und wo der Präsident es halt sehr schwer hat dagegen anzukommen.

Die Militärs sind inzwischen unter Kontrolle. Die spielen in der Regierung Brasiliens keine Rolle mehr. Die sind da in ihren Kasernen und studieren ihre Aufgaben, und sind froh, dass sie ein Atom-U-Boot bekommen – solche Sachen. Die haben jetzt zu tun und sind eingebunden in diese Legalität. Also nicht die Militärs, aber diese Wirtschaftsbonzen, Bosse, Provinzfürsten. In der Politik, mafiöse Strukturen die mit Ihnen zusammenarbeiten. Beispielsweise im Nordostern, nicht? Die selber beauftragte Aufseher unterhalten und die einfach jemanden umlegen, nicht? Und das passiert sehr oft. Das ist das Recht des Stärkeren was herrscht.

¹⁶⁴ Titelbild des Economist vom November 2009 im Anhang

I: Denken Sie Brasilien hat eine starke Zivilgesellschaft? Oder hauptsächlich eine gewalttätige Zivilgesellschaft?

PD: Vor 10 Jahren - wann ist der Kautschuksammler umgelegt worden? – vor 10 Jahren war das ja¹⁶⁵. Und die jetzige Präsidentschaftskandidatin¹⁶⁶ hat versucht Kautschuksammler zu organisieren, die grüne war Mitarbeiterin von ihm. Die war damals noch Analphabetin im Urwald und jetzt Präsidentschaftskandidatin und offenbar ist sie so stark, also so überzeugend geworden, dass Brasilianer dass „Grünthema“, an dem sie nie besonderen Gefallen hatten, ernster zu nehmen beginnen. Das ist der Anfang einer sehr positiven Entwicklung. Amazonien war ja bisher ein rechtsfreier Raum.

Die Gesetzgebung hat den Indios Territorien zugesprochen, das Baum fällen wird nicht mehr so weitergehen, weil jetzt die Indianer dafür bezahlt werden, dass sie aufforsten oder gegen das Abbrennen auftreten. Die geben ihnen viel Geld – das ist das sogenannte REDD– Programm. Das ist gegen das Kaputtmachen vom Regenwald. Das ist ein Programm wo den Indianer in Zukunft erhebliche Gelder zugewiesen werden, wenn sie aufforsten oder gegen das Abbrennen der Wälder kämpfen. In der Elektronik haben sie eh schon alles, Computer und so.

Also, abschließend: Europäer erschrecken immer vor dieser Gewalt in Lateinamerika generell, in Brasilien besonders - und wenn ein Tourist ausgeraubt wird – klar hat er eine Wut und so weiter, doch tendenziell sind in Brasilien die Dinge besser geworden, dass die soziale Dimension besser drauf ist als vor einigen Jahren und dass man sich vielleicht auch in diesem Gewaltalltag nicht mehr so arrangieren wird in Zukunft weil das ja nicht normal ist. Es könnte also etwas herauskommen, was Brasilien wirklich vorwärtsbringt. Denn die Gewalt erleiden ja vor allem die kleinen Leute, die Bauern und die Tagelöhner und so weiter.

I: Aber leidet nicht die gesamte Bevölkerung darunter?

PD: Ja es gibt schon die „Kultur der Angst“. Die Reicheren haben wirklich Angst weil sie entführt werden.

¹⁶⁵ Anmerkung: Gemeint ist der Kautschuksammler und Führer der Landarbeitergewerkschaft Chico Mendes. Dieser wurde 1988 von einem Großgrundbesitzer erschossen wurde, was zu einem großem, internationalem Aufsehen führte.

¹⁶⁶ Bei den Wahlen 2010 aussichtsreiche Dilma Vana Rousseff, Politikerin der Arbeiterpartei PT

Bei meiner Gastprofessur in Kolumbien ging ich abends auch nicht aus dem Haus, wenn dann im Taxi, aber wie in Wien spazieren gehen am Abend das ist „out of the way“! Das definiert schon den Alltag.

Aber nochmal, Brasilien hat enorme Fortschritte gemacht und tendenziell müssten sich die Dinge bessern, bis allerdings diese Kultur der Angst, oder Gewalt sich wirklich hebt und die Leute lässiger agieren können wird es noch dauern. Vielleicht war es vor zwanzig Jahren auch besser. Vielleicht ist es in diesem Sinne, beim Übergang, Demokratie – Demokratie ist so schwierig zum konsolidieren – sind soziale Dimensionen auseinandergegangen und bis das wieder zusammenkommt – schwierig.

I: Gibt es ein starkes Nord-Süd- Gefälle?

PD: Ja, Brasilien ist einfach zu groß um alles zu kontrollieren. Die Städte haben mehr Einwohner als Österreich. Es ist eh beeindruckend, dass es überhaupt funktioniert. Und es gibt eine Reihe von Anzeichen, dass die Dinge, ökonomisch zumindest, sozial auch ein bisschen, besser werden. Probleme in Brasilien, ist wirklich, dass der Gewaltaspekt, dass die Gewalt im Alltag so alltäglich und präsent geworden ist, dass die Leute damit ihren Lebensstil ausrichten. Also, die Reichen sperren sich ein, Mittelklassen haben Angst, in den unteren Schichten erleidend. Oder in diesem Bereich aktiv zu werden damit man überleben kann. Die Lebenserwartung ist da sehr niedrig.

I: Ich danke Ihnen für das Interview.



Quelle:

http://www.nytimes.com/2010/10/11/world/americas/11brazil.html?_r=1&scp=2&sq=brazil&st=cse

Zusammenfassung

1964 wurde die damalige Demokratie Brasiliens militärisch geputscht und eine Diktatur eingerichtet, welche bis in die 80er Jahre bestehen blieb. Durch Repressionsstrategien der Militärdiktatur durch staatliche Sicherheitskräfte entstanden parastaatliche, zum Teil gewalttätige, Organisationen die in dieser Form bis heute existieren. Der Demokratisierungsprozess in Brasilien verlief langsam, der Staat wurde nur schrittweise geöffnet und demokratischen Strukturen nach und nach implementiert.

Heute gilt Brasilien als Wachstumsstaat, welcher vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert. Gewaltexzesse sind tendenziell auf dem Rückzug, dennoch ist der Alltag der Brasilianer, aller sozialen Schichten, von Gewalt geprägt. Die einkommensstärkeren verstecken sich in eigens gebauten Sicherheitsburgen (Gates Communities), welche durch mangelndes Vertrauens in die Polizei von eigenem Sicherheitspersonal bewacht werden. Ärmere Bevölkerungsschichten mussten lernen mit der Gewalt zu leben: wer sein Leben nicht nach der alltäglichen Gewalt richten wollte, schloss sich in Organisationen, wie die „Movimento Sem Terra“, zusammen. Diese Organisationen ersetzen die in Brasilien fehlenden staatlichen Institutionen in rechtsfreien Räumen, wie beispielsweise in den Elendsviertel, den „Favelas“.

Der latent hohe Gewaltpegel ist auf die Entwicklung des Staates zur Demokratie, also auf den Transitionsprozess, zurückzuführen: demokratische Normen, Rechte und Institutionen wurden formell eingeführt, in der Praxis jedoch kaum angewendet. Dadurch entstand in Brasilien eine hybride Demokratieform, die dem Staat das Gewaltmonopol entzieht und die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet. „O poder paralelo“ heißt diese Macht, die neben dem legitimen Staat existiert und das Gewaltmonopol an sich reißt.

Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen parastaatlichen (Gewalt-) Strukturen und demokratischen Institutionen in Brasilien: das Fehlen effizienter Maßnahmen gegen die alltägliche Gewalt fördert diese wiederum und begünstigt das Entstehen parastaatlicher Organisationen zum Schutz der Bevölkerung.

Summary

In 1964 the Brazilian democracy was overthrown through a military coup, and a dictatorship, which continued up to the mid-1980s, was installed. On the basis of massive political repression by the armed forces, paragonovernmental organizations have been created. These, partly violent, organisations exist until today. The process of democratization lasted long time in Brazil: the transition from military dictatorship to liberal democracy took place only gradually and democratic changes were implemented slowly.

Today's Brazil is known as a growing country, which strongly benefits from its economic growth. Excesses of violence against the civilization have been reduced in the course of time, but the daily lives of Brazilian citizen, at all levels of society, is still shaped by violence. People with higher incomes are hiding in so called Gated Communities, which are guarded by private security, because of lack of confidence in the Brazilian police.

Poorer people had to deal with the high violence level in daily lives: those who do not want to live with the daily violence, join forces in social movements, as shown in the example of the Movimento sem Terra.

These organisations replace governmental institutions in Brazil's lawless regions, as for example in the so called brown areas or Favelas.

Brazil's violence and crime problem is a result of the transistions process, the development of the country to reach democracy: democratic institutions standards and rights were created formally, but in practice, however, they have not been established. This creates a special kind of democracy, which withdraws the governmental monopoly on the use of force. The state is not able to guarantee the safety of its citizens. The name of this parallel established force is O Poder paralelo.

The democratic structures and the high level of violence are directly linked together. Inefficient measures against violence and crime nurture even more violence and promote to paragonovernmental organizations for the security of the civilization.

Literaturverzeichnis:

August, Sabine 1996: Die Indianer im Spiegel der brasilianischen Gesellschaft. IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt am Main.

Boeckh, Andreas 2003: Der gefesselte Gigant: Politik und Reform(un)fähigkeit in Brasilien. In: Kohlhepp, Gerd (Hrsg.): Brasilien. Entwicklungsland oder tropische Großmacht des 21. Jahrhunderts? Attempto Verlag, Tübingen. S.57-81.

Bogner, Alexander / Littig, Beate / Menz, Wolfgang 2002 (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 1. Auflage. Leske + Budrich, Opladen.

Borsdorf, Axel / Janoschka, Michael 2006: Condominios fechados and barrios privados: the rise of private residential neighbourhoods in Latin America. In: Frantz, Klaus / Glasze Georg / Webster, Chris (Hrsg.): Private Cities. Global and local perspectives. Routledge, Abingdon / New York. S. 92-109

Bourdieu, Pierre 1998: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. 1. Auflage, dt. Erstausgabe. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Brummel, Hans-Jürgen 1980: Brasilien zwischen Abhängigkeit, Autonomie und Imperialismus. Die Grundlinien der brasilianischen Außenpolitik (1964-1978) unter besonderer Berücksichtigung der Beziehung zu Lateinamerika. Haag und Herchen, Frankfurt/Main.

Calcagnotto, Gilberto 1995: Der Übergang zur Demokratie in Brasilien: Legitimationsgrundlage, Schwächen des Parteiensystems und Klientelverhalten, In: Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): Perspektiven der Demokratisierung in Entwicklungsländern. Schriften des Deutschen Übersee – Instituts, Hamburg. S.157-179

Cammack, Paul 1996: Brasilien. In: Bernecker, Walter L. / Tobler, Hans-Werner (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Klett-Cotta, Stuttgart. S.1049 – 1155

Cavalcanti, Rosângela Batista / Sadek, Maria Tereza 2003: The New Brazilian Public Prosecution: An Agent of Accountability. In: Mainwaring, Scott / Welna, Christopher (Hrsg.): Democratic accountability in Latin America. University Press, Oxford. S.201 – 227

Croissant, Aurel 2002: Einleitung: Demokratische Grauzonen – Konturen und Konzepte eines Forschungszweiges, In: Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Leske + Budrich, Opladen. S.9-55

Dieter, Boris / Schmalz, Stefan 2005: Lula als Leitfigur? Aspekte des gegenwärtigen Transformationsprozesses in Brasilien. In: Badziura, Alexander / Müller, Bea / Speckmann, Guido / Weißbach, Conny (Hrsg.): Hegemonie – Krise – Krieg. Widersprüche der Globalisierung in verschiedenen Weltregionen. VSA-Verlag, Hamburg. S.111-126

Drekonja-Kornat, Gerhard: Gewinn und Guerilla. In: Die Presse, Printausgabe vom 4.12.2010, S.V.

Evangelisti, Barbara 2000: Räumliche Segregation, Gated Communities / Condominios in Santiago de Chile. Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Institut für Geographie, Wien.

Ferreira, Eliane Fernandes 2002: Indigene Ethnien Brasiliens. Ihr Kampf um Land, Recht, soziale Anerkennung und ihr ethnisches Selbstwertgefühl. Eine Untersuchung zur aktuellen Lage der Indigenen Brasiliens. LIT Verlag, Hamburg.

Frantz, Klaus / Glasze, Georg / Webster, Chris 2006: Introduction: global and local perspectives on the rise of private neighbourhoods. In: Frantz, Klaus / Glasze Georg / Webster, Chris (Hrsg.): Private Cities. Global and local perspectives. Routledge, Abingdon / New York. S. 1-9

Frey, Klaus 1997: Demokratie und Umweltschutz in Brasilien. Strategien nachhaltiger Entwicklung in Santos und Curitiba. LIT Verlag, Münster.

Fuchs, Dieter 2007: „Demokratie“ In: Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraut (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Philipp Reclam jun. GmbH & Co., Stuttgart. S.38-43

German, Christiano 1991: Brasilien: Militärherrschaft und Nachrichtendienste (1964-1985). In: Tobler, H.W. / Waldmann, P. (Hrsg.): Staatliche und Parastaatliche Gewalt in Lateinamerika. Vervuert Verlag, Frankfurt am Main. S.105-133

Glasze, Georg / Pütz, Robert / Rolfes, Manfred 2005: Die Verräumlichung von (Un-)Sicherheit, Kriminalität und Sicherheitspolitiken – Herausforderungen einer Kritischen Kriminalgeographie. In: Glasze, Georg / Pütz, Robert / Rolfes, Manfred (Hrsg.): Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. transcript Verlag, Bielefeld. S.13-59

Gomes, Mercio P. 2000: Indians and Brazil. University Press of Florida, Gainesville (Fl.).

Hager, Andrea 1991: Die Entwicklung des indianischen Landrechts in Brasilien: Der Fall Xokó in Nordostbrasilien. Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie, Universität Wien, Wien.

Happe, Barbara 2002: Favela und Politik – Politische Denken und Handeln von Favelados in Brasilien. Brasilienkunde-Verlag, Mettingen.

Heinz, Wolfgang S. 1991: Konsequenzen der Demokratisierung für die Streitkräfte in Argentinien, Brasilien und Uruguay. In: Tobler, H.W. / Waldmann P. (Hrsg.): Staatliche und Parastaatliche Gewalt in Lateinamerika. Vervuert Verlag, Frankfurt am Main. S.265-302

Heinz, Wolfgang S. 2001: Neue Demokratien und Militär in Lateinamerika. Die Erfahrungen in Argentinien und Brasilien (1983-1999). Iberoamericana / Editionen, Frankfurt am Main, Vervuert.

Hitzler, Ronald 1994: Radikalisierte Praktiken der Distinktion. Zur Politisierung des Lebens in der Stadt. In: Blasius, Jörg / Dangschat, Jens S. (Hrsg.): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Leske + Budrich, Opladen. S. 47 – 59

Kohlhepp, Gerd 2003: Brasilien – Schwellenland und wirtschaftlichen Führungsmacht in Südamerika. Entwicklung – Strukturprobleme – Perspektiven. In: Kohlhepp, Gerd (Hrsg.): Brasilien. Entwicklungsland oder tropische Großmacht des 21. Jahrhunderts? Attempto Verlag, Tübingen. S.13-57

Koonings, Kees / Kruijt, Dirk 1999 (Hrsg.): Societies of Fear. The Legacy of Civil War, Violence and Terror in Latin America. Zed BooksLtd, New York.

Krennerich, Michael 2002: Weder Fisch noch Fleisch? Klassifikationsprobleme zwischen Diktatur und Demokratie. In: Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Leske + Budrich, Opladen. S.55-71

Lamounier, Bolívar 1989: Brazil: Inequality against Democracy. In: Diamond, Larry / Linz, Juan J. / Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): Democracy in Developing Countries. Volume Four. Latin America. Lynne Rienner Publishers Inc., Colorado. S. 111 – 157

Lanz, Helza de Abreu Ricarte Junghans 2005: Flexible Persistenz. Dezentralisierung und Handlungsrationalität in Brasilien. LIT Verlag, Fribourg.

Lanz, Stephan 2004: Wie die Favela siegte. Eine kleine politische Geschichte der Favelas in Rio de Janeiro. In: Lanz, Stephan (Hrsg.): City of Coop. 1. Auflage. b_books, Berlin. S.35-49

Lanz, Stephan 2003: Wo Bosnien mitten in Brasilien beginnt...Urbane Ordnungen jenseits des Guten Regierens. In: Becker, Jochen / Lanz, Stephan (Hrsg.): Space//Troubles. Jenseits des Guten Regierens: Schattenglobalisierung, Gewaltkonflikte und Städtisches Leben. b_books, Berlin. S.7-27

Lauth, Hans-Joachim 1985: Der Staat in Lateinamerika. Die Staatskonzeption von Guillermo O'Donnell. breitenbach Publishers, Saarbrücken; Fort Lauderdale.

Lechner, Norbert 1996: Staat und Zivilgemeinschaft in den lateinamerikanischen Demokratisierungsprozessen. Überlegungen zu einem Beziehungswandel. In: Kolland, Franz / Pilz, Erich / Schedler, Andreas / Schicho, Walter: Staat und zivile Gesellschaft. Beiträge zur Entwicklungspolitik in Afrika, Asien und Lateinamerika. Südwind, Wien. S.39-54

Lühr, Volker 1980a: Brasilien. In: Waldmann, Peter (Hrsg.): Politisches Lexikon Lateinamerika. 1. Auflage. C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München.

Lühr, Volker 1980b: Militär in Lateinamerika. Grenzen der Durchsetzbarkeit der wirtschaftlichen und politischen Strategien südamerikanischer Militärdiktaturen. Abschlussbericht zu Händen der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK), Berlin.

Lühr, Volker 1982: Legitime Herrschaft an sich. In Lindenberg, Klaus (Hrsg.): Lateinamerika. Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit. Verlag Neue Gesellschaft GmbH, Bonn. S.29-49

von Mandach, Laura D. 2000: Recht und Gewalt. Eine empirische Untersuchung zur Strafverfolgung in Brasilien. Verlag für Entwicklungspolitik Saarbrücken GmbH, Saarbrücken.

Mainwaring, Scott 1997: Multipartism, Robust Federalism, and Presidentialism. In: Mainwaring, Scott / Shugart, Matthew Soberg (Hrsg.) : Presidentialism and Democracy in Latin America. 1. Auflage. Cambridge University Press, Cambridge, UK. S. 55 - 110

Martins, Luciano 1989: The „Liberalization“ of Authoritarian Rule in Brazil. In: O'Donnell, Guillermo: Transitions from Authoritarian Rule. Latin America. 3. Auflage. The John Hopkins University Press, Baltimore, Maryland. S. 72-95

Merkel, Wolfgang / Thiery, Peter 2002: Systemwechsel. In: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung. 1. Auflage. Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden. S.186 – 215

Müller, Hans-Peter 1995: Soziale Differenzierung und soziale Gerechtigkeit. Ein Vergleich von Max Weber und Michael Walzer. In: Müller, Hans-Peter / Wegener, Bernd: Soziale Ungerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit. Leske + Budrich, Opladen. S. 135-157

Muno, Wolfgang / Thiery, Peter 2002: Defekte Demokratien in Südamerika. In: Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Leske + Budrich, Opladen. S.283-309

Nohlen, Dieter 1982: Regimewechsel in Lateinamerika. Überlegungen zur Demokratisierung autoritärer Regime. In: Lindenberg, Klaus: Lateinamerika. Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit. Verlag Neue Gesellschaft GmbH, Bonn. S.63 – 86

Nohlen, Dieter / Thibaut, Bernhard 1996: Transitionsforschung zu Lateinamerika: Ansätze, Konzepte und Thesen. In: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung. 2. Auflage. Leske +Budrich, Opladen. S.195 – 219

Nolte, Detlef 1996: Südamerika: Reinstitutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie. In: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard / Segert, Dieter: Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Leske+Budrich, Opladen. S.287-315

Nolte, Detlef: Ursachen und Folgen mangelnder Rechtssicherheit und hoher Kriminalitätsraten in Lateinamerika. In: Brennpunkt Lateinamerika. Politik-Wirtschaft-Gesellschaft, Nr.8, 27. April 2000, Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg. S.70-80

Novy, Andreas 2001: Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes. Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien

O'Donnell, Guillermo 1988 (Hrsg.): Transitions from Authoritarian Rule. Comparative Perspectives. 2. Auflage. The John Hopkins University Press, Baltimore, Maryland.

O'Donnell, Guillermo / Schmitter, Phillippe C. 1991: Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. 3. Auflage. The John Hopkins University Press, Baltimore, Maryland.

Ogrinz, Andreas Nikolaus 2007: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung. Ecuador, Peru und Chile von der Transition bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts. Inaugural-Dissertation Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg/Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften/Institut für Politische Wissenschaft

Peralva, Angelina 2000: Violência e Democracia. O paradoxo brasileiro. Paz e terra, São Paulo.

della Porta, Donatella 2007: Gewalt. In: Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraut: Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Philipp Reclam jun. GmbH &Co., Stuttgart. S.90-93

Ribbeck, Eckhart 2003: Städtebau und Stadtplanung in Rio de Janeiro. In: Kohlhepp, Gerd: Brasilien. Entwicklungsland oder tropische Großmacht des 21. Jahrhunderts? Attempto Verlag, Tübingen. S.153-171

Rolf, Hauke Jan 2006: Urbane Globalisierung. Bedeutung und Wandel der Stadt im Globalisierungsprozess. 1. Auflage. Deutscher Universitäts-Verlag | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.

Ruf, Werner 2003: Politische Ökonomie der Gewalt. Leske + Budrich, Opladen.

Salzer, Irmi 2005: Landnutzung, Frauen und Ökonomie(verständnis). Theorie und Praxis der brasilianischen Landlosenbewegung MST. Diplomarbeit Universität für Bodenkultur, Wien.

Sarlet, Ingo Wolfgang 2002: Sozialstaatlichkeit und soziale Grundrechte in Brasilien: zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit. In: Müller, Jörg Paul / Philipps, Lothar / Schünemann, Bernd (Hrsg.): Das Menschenbild im weltweiten Wandel der Grundrechte. Duncker & Humblot GmbH, Berlin. S.139-163

Schacht, Annette 1999: Sozialräumliche Milieus der Armut. Zur Bedeutung des Wohnens in benachteiligten Wohngebieten. In: Dangschat, Jens S. (Hrsg.): Modernisierte Stadt. Gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung. Leske und Budrich, Opladen. S.289-313

Schürger, Wolfgang 1994: Gottes Erde, Land für alle – Landprobleme in Brasilien und die Rolle der Kirchen. In: Schelsky, Detlev / Zoller, Rüdiger (Hrsg.): Brasilien: Die Unordnung des Fortschritts. Vervuert, Frankfurt am Main. S.225-263

Sola, Lourdes 2008: Politics, Markets, and Society in Brazil. In: Brun, Diego Abente / Diamond, Larry / Plattner, Marc F. (Hrsg.): Latin Americas's Struggle for Democracy. The John Hopkins University Press and the National Endowment for Democracy, Baltimore, Maryland. S.124-139

Thibaut, Bernhard 1996: Präsidentialismus und Demokratie in Lateinamerika. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay im historischen Vergleich. 1. Auflage. Leske+Budrich, Opladen.

Thiery, Peter 2002: Demokratie und defekte Demokratien. In: Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Leske + Budrich, Opladen. S.71-99

Thiery, Peter 2000: Stabile Demokratien in Lateinamerika? In: Brennpunkt Lateinamerika. Politik-Wirtschaft-Geschichte. Nr. 6, 30.März 2000, Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg. S.49-55

Thimmel, Stefan 2005: Ein Schritt vor, zwei Schritte zur Seite? Die sozialen Bewegungen in Argentinien, Brasilien und Uruguay zwischen Unabhängigkeit und Vereinnahmung. In: Badziura, Alexander / Müller, Bea / Speckmann, Guido / Weißbach, Conny: Hegemonie – Krise – Krieg. Widersprüche der Globalisierung in verschiedenen Weltregionen. VSA-Verlag, Hamburg. S.140-156

Thome, Helmut 2000: Das Konzept sozialer Anomie als Analyseinstrument. Erweiterte Fassung eines Beitrages zu einem Symposium über „Diktatur, Demokratisierung und soziale Anomie“ vom 2. Bis 4. Nov. 2000 in Augsburg. Organisator: Prof. Dr. Peter Waldmann, Lehrstuhl für Soziologie, Universität Augsburg.

Tobler, H.W. / Waldmann, Peter (Hrsg.) 1991: Staatliche und Parastaatliche Gewalt in Lateinamerika. Vervuert, Frankfurt am Main.

von Trotha, Trutz 1995: Ordnungsformen der Gewalt oder Aussichten auf das Ende des staatlichen Gewaltmonopols. In: Nedelmann, Brigitta (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel. Westdeutscher Verlag, GmbH, Opladen. S.129-167

von Trotha, Trutz 1997: Zur Soziologie von Gewalt. In: von Trotha, Trutz (Hrsg.): Soziologie der Gewalt. Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen/Wiesbaden. S. 9–59

von Trotha, Trutz 2003: Die präventive Sicherheitsordnung. In: Ruf, Werner (Hrsg.): Politische Ökonomie der Gewalt. Leske + Budrich, Opladen. S.51-76

Undurraga Mackenna, Gonzalo 1980: Zur Problematik der politischen Instabilität in Lateinamerika. Eine modernisierungstheoretische Untersuchung anhand der Fälle Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay. Dissertation, Universität Heidelberg, Deutschland.

Wacquant, Loïc 2005: Zur Militarisierung städtischer Marginalität. Lehrstücke aus Brasilien. In: DAS ARGUMENT 263/2005

Waldmann Peter 1997: Veralltäglicung von Gewalt: das Beispiel Kolumbien. In: von Trotha, Trutz (Hrsg.): Soziologie der Gewalt. Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen/Wiesbaden. S. 141-162

Waldmann, Peter 2002: Der anomische Staat. Über Recht, Öffentliche Sicherheit und Alltag in Lateinamerika. Leske+Budrich, Opladen.

Werz, Nikolaus 1991: Die ideologischen Wurzeln der „Doktrin der nationalen Sicherheit in Lateinamerika. In: Tober, H.W. / Waldmann, P. (Hrsg.): Staatliche und Parastaatliche Gewalt in Lateinamerika. Vervuert Verlag, Frankfurt am Main. S.163-187

Wimmer Hannes 1996: Die Modernisierung des Staates als Entwicklungsproblem. In: Kolland, Franz / Pilz, Erich / Schedler, Andreas / Schicho Walter (Hrsg.): Staat und Zivilgesellschaft. Historische Sozialkunde 8. Frankfurt am Main: Brandes und Apsel; Wien: Südwind. S. 18-24

Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates. Reihe Austria: Forschung und Wissenschaft – Politikwissenschaft, Wien.

Internetlinks

-Alves, Bráulio Figueiredo / Filho, Cláudio Beato / Tavares, Ricardo 2007: Crime, police and urban space. Working Paper Number CBS-65-05, Centre for Brazilian Studies, University of Oxford, Oxford.

lanic.utexas.edu/project/etext/llil/ilassa/2007/alves2.pdf [30.4.2011]

-Calcagnotto, Gilberto 2004: Der MST und die Demokratie in Brasilien

<http://www.infoterra.ch/artdet.php?nummer=42&thema=1> [30.4.2011]

-Campos, Francisco 2002: O Estado Nacional. eBooksBrasil.com (Versão para eBook – eBook Version)

<http://www.ebooksbrasil.org/eLibris/chicocampos.html> [30.4.2011]

- Cano, Ignazio 2008: Vom Regen in die Traufe? Über das Phänomen der sogenannten Milizen in Rio de Janeiro. Eine Studie der Forschungsgruppe Gewaltanalyse der Universität des Bundesstaats Rio de Janeiro

<http://www.boell.de/downloads/Milizenstudie.pdf> [30.4.2011]

-Carter, Miguel 2005: The landless rural workers' movement (MST) and democracy in Brazil. Working Paper Number CBS-60-05, Centre for Brazilian Studies, University of Oxford, Oxford.

http://www.brazil.ox.ac.uk/data/assets/pdf_file/0019/9361/Miguel20Carter2060.pdf
[30.4.2011]

-Castro, Celso 2000: The Military and Politics in Brazil (1964 – 2000). Working Paper Number CBS-10-00(H), Centre for Brazilian Studies, University of Oxford, Oxford.

http://www.brazil.ox.ac.uk/data/assets/pdf_file/0019/9424/celso10.pdf [30.4.2011]

-Lopes, Rodrigo 2003: O Planejamento Estratégico da Cidade do Rio do Janeiro – Um Processo de Transformação. In: Dez Anos Depois – Como vai você, Rio de Janeiro? No.5 – março 2003

http://www.iets.org.br/biblioteca/O_planejamento_estrategico_da_cidade_do_Rio_de_Janeiro.pdf [30.4.2011]

-Maccaulay, Fiona 2005: Problems of Police oversight in Brazil. Working Paper Number CBS-33-02, Centre of Brazilian Studies, University of Oxford, Oxford.

www.brazil.ox.ac.uk/data/assets/pdf.../Macaulay33.pdf [30.4.2001]

-Nolte, Detlef 2001: Dunkle Wolken über den lateinamerikanischen Demokratien. Die neueste Umfrage des Latinobarómetro und die Auswirkungen der Terroranschläge in den USA. In: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 18, 18. September 2001

http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/ilas/archiv/brennpunkt_la/bpk0118.pdf
[30.4.2011]

-Riehle, Katharina 2007: Puniade – Das Problem der Straflosigkeit in Brasilien. In: Focus Brasilien, Nr. 8, September 2007

http://www.kas.de/wf/doc/kas_12192-544-1-30.pdf [30.4.2011]

-The Economist / The Latinobarómetro Poll 2008: Democracy and the downturn. Latin Americans are standing up for their rights. From Print Version, 13. November 2008

<http://www.latinobarometro.org/latino/LATContenidos.jsp> [30.5.2011]

-Vergueiro, Luiz Fabricio Thamaturgo 2008: Brazilian Security Structure. Federation of American Scientists Secrecy News

<http://www.fas.org/irp/world/brazil/fabrverg.pdf> [30.4.2011]

-Zeller, Kathrin 2010: Innere Sicherheit als Wahlkampfthema in Brasilien. September 2010, Fundação Konrad Adenauer no Brasil, Brasil.

<http://www.adenauer.org.br/index.asp> [30.4.2011]

-Bertelsmann Transformationsindex

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F14-24CFC379/bst/xcms_bst_dms_23825_23826_2.pdf [30.4.2011]

-Beschreibung des Murtirão 50 Projektes in Fortaleza

<http://vcn.bc.ca/citizens-handbook/unesco/most/southam6.html> [30.4.2011]

-Blog über die Favelas von Rio e Janeiro

<http://favelissues.com/> [30.4.2011]

-Disquedenuncia

<http://www.disquedenuncia.org.br/> [30.4.2011]

-Gegebenheiten und Fotos von Favelas

<http://favelaemfoco.wordpress.com/about/> [30.4.2011]

-Homepage des Movimento sem Terra MST

<http://www.mstbrazil.org> [10.2.2011]

-International Foundation for Protection Officers

<http://www.ifpo.org/articlebank/gatedcommunity.html> [10.2.2011]

-Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística

<http://www.ibge.gov.br/IBGE> [10.2.2011]

-Offizieller Webauftritt des „Batalhão de Operações Policiais Especiais“

<http://www.boperj.org/siteoficial.html> [30.4.2011]

-Offizieller Webauftritt der FUNAI

<http://www.funai.gov.br/funai.htm> [30.4.2011]

-Text aus dem Jahre 2001 des Rathauses von Rio de Janeiro des Planes u.a. zur Weiterführung des Projektes „Favela-Bairro“.

<http://mail.camara.rj.gov.br/APL/Legislativos/scpro0711.nsf/0/93481A6D1D1C4684832578100048D230?OpenDocument> [10.2.2011]

-Zeittafel des „Plano Diretor da Cidade do Rio de Janeiro“

http://spl.camara.rj.gov.br/planodiretor/pd2009/historico_planodiretor4.pdf
[10.2.2011]

CURRICULUM VITAE

Vor und Nachname: Annemarie Leonhartsberger

Geboren: am 05.08.1983 in Braunau am Inn, Österreich

Wohnhaft: in der Preysinggasse 32/19+20, A-1150 – Wien

Mobilnummer: +43/650 8346 612

E-Mail: annemarie.leonhartsberger@gmx.at

Ausbildung:

1994 – 2003 Bundes- und Realgymnasium, Braunau am Inn

2003 – heute Diplomstudium der Internationalen Entwicklung, Universität Wien

2005 – 2006 Auslandsstudienjahr Erasmus „Università degli Studi di Napoli L’Orientale“, I - Neapel

Berufliche Erfahrung:

Sommer 2000 Berner Unternehmen, Braunau am Inn

Sommer 2004 Verkehrsbüro, Wien

2007 – 2008 PDM Incoming Services, Wien

Sommer 2007 Hans Haller Stiftung, Igarassu (PB), Brasilien

2007 – 2008 WIK Wiener Integrationskonferenz-Vernetzungsbüro, Wien

2008 Equalizent, Wien

2008 – 2009 Schlosstheater Schönbrunn, Wien

2009 YUU ´n Mee, Wien

2009 – heute Impacts, Wien

2011 – heute Wild Dragon, Wien

EDV – Kenntnisse: MS – Office, Html – Programmierung

Sprachkenntnisse: Deutsch (Muttersprache)

Italienisch (Muttersprache)

Englisch (fließend)

Portugiesisch (fließend)

Französisch (Grundkenntnisse)